

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

282 (3.12.1920)



# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 A Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.00 M.; durch die Post bezogen 4.80 —, ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatl. Einzelremp. 25 A. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelleile 1.— M. Die 2spaltige 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Konferenz der deutschen Ernährungsminister

Berlin, 2. Dez. Die bereits wiederholt verschobene Konferenz der deutschen Ernährungsminister findet nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ am 3. und 4. Dezember in Weimar statt. Auf der Tagesordnung stehen die Fragen der Brotgetreide- und Fleischversorgung, der Wucherbekämpfung und der Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln.

### Wer verschuldet die Hungernot?

Meher die von uns gemeldete Konferenz zwischen Reichs-ernährungsminister, politischen Parteien und Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen zur Neugestaltung der Brotversorgung wird in der bürgerlichen Presse ein Bericht wiedergegeben, der in Kürze ohne Würde den Verhandlungsverlauf schildert. Während so aus dem scheinbar amtlichen Bericht nichts Besonderliches hervorgeht, gibt die „Vossische Zeitung“ als einziges Blatt eine eingehendere Mitteilung und schreibt u. a.:

Die schlechte Vorkriegszeit, so erklärte der Minister, lasse sich nicht nur aus dem schlechten Ausfall der Ernte (?) erklären, vielmehr fällt ein Teil der Schuld auch auf die landwirtschaftlichen Betriebe selbst, die sich von der Krankheit, dem schrankenlosen Streben nach Gewinn, haben ergreifen lassen und sich ihrer Verpflichtungen zur vollständigen Getreideablieferung zu entziehen begannen.

Diese Ministererklärung verdient um so mehr der besonderen Hervorhebung, als die bürgerliche Presse es nicht für notwendig hält, diese Wahrheit wiederzugeben und als auch die Herren Landwirte und deren Verteidiger, die Deutschnationalen, rüchlich eine amtliche Befätigung ihres unehrlichen Verhaltens erhalten.

### Die Völkerbundsversammlung in Genf

Genf, 2. Dez. Die heutige Sitzung der Völkerbundsversammlung befahte sich mit der Beratung des Berichtes der Völkerbunds-Kommission. Balfour als Berichterstatter begründete die Stellungnahme der Kommission, die eine Beratung der landwirtschaftlichen Völkerbundsfrage zum Völkerbundspakt zur Zeit abgelehnt habe. Einmal müße der Völkerbund erst Erfahrungen sammeln, dann bilde der Völkerbundspakt einen Teil des Völkerbunds, der gegenwärtig nicht abgeschlossen werden könne, ohne daß man Gefahr laufe, einzelnen Mitgliedern des Völkerbundes vor den Kopf zu stoßen.

### Ein schwarzer Tag im Völkerbund

Genf, 2. Dez. Die letzte Sitzung des Völkerbundes wird später als schwarzer Tag in der Geschichte des Völkerbundes bezeichnet werden. Sie bestand, entgegen aller Erwartungen, die den Völkern gemacht worden sind, auf Verhinderung der mangelhaftesten Völkerbundsbestimmungen und sprach sich gegen die immerhin schüchtern vorgebrachten Anträge der Vorkriegsstaaten aus. Frankreich majoritierte die Versammlung und das Charakteristische Merkmal der Versammlung war, daß es sich viel weniger um den Völkerbund als um den Friedensvertrag mit Deutschland handelte. Balfour, wie Tittoni stellten dabei gleichfalls fest, daß der Völkerbund und der Friedensvertrag ein unlösbares Ganzes seien.

### Kommunisten-Verhaftungen im besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 2. Dez. Der Süddeutschen Arbeiterzeitung zufolge sind die Ortsgruppenleitungen der vereinigten kommunistischen Partei und der Linken II. S. P. in Höchst, Worms und Mainz letzte Woche von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet worden. Als Grund meldet das Blatt kommunistische Propaganda im besetzten Gebiet.

### Französische Forderungen an Deutschland

Genf, 2. Dez. Nach einer Meldung des französischen Ministeriums des Neuen haben bisher 4277 Franzosen private Geldforderungen gegenüber Angehörigen des deutschen Reiches angemeldet. Diese Forderungen belaufen sich auf 328 159 082 Franken und erstrecken sich auf 22 284 Schuldner.

### Die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten

Newark, 2. Dez. Obgleich die Einwanderungszahlen der Vorkriegsjahre noch lange nicht erreicht sind, so hat die Einwanderung doch eine beträchtliche Höhe angenommen. In den ersten 8 Monaten des laufenden Jahres betrug die Einwanderung in allen Häfen der Vereinigten Staaten 438 118 Personen. Die Zahl der Rückwanderer in der gleichen Zeit stellt sich auf 203 203, so daß die auf diese Weise erzielte Zunahme der Bevölkerung 234 915 beträgt. Seit Januar nimmt die Einwanderung ständig zu.

### Deutsche Kunsthandler in Paris verhaftet

Paris, 2. Dez. In einem Hotel im Zentrum von Paris fielen seit einiger Zeit zwei Deutsche auf, die in dem Salon dieses Hotels eine kleine Kunstausstellung veranstalteten und auch eine Reihe alte Meister zum Verkauf anbieten. Das fiel der Polizei auf; sie stellte fest, daß die Kunstwerke aus Deutschland eingeschmuggelt waren. Die Kunstwerke wurden beschlagnahmt und die beiden Händler, die sich Karl Caspari und Hugo Perls nennen, wurden verhaftet. Die beschlagnahmten Bilder wurden aus München nach Frankreich eingeschifft. Die beiden Kunsthandler haben bei Reich die Grenze passiert und ihre Sendung mit Zustimmung der französischen Zollbeamten durchgehen lassen.

### Zur Verhaftung Hermann Kemmels

Bie bereits mitgeteilt, wurde der Revolutionsrat Reichstagsabg. Hermann Kemmel, der Montagabend in München im Kindellager in der ersten öffentlichen Versammlung der Revolutionsrat geprügelt wurde, wegen Aufregung zum Klassenkampf verhaftet. Kemmel hatte in einem Referat angekündigt, daß die „Erhebung“ diesmal von Süddeutschland ausgehen werde. Die reaktionären Truppen Norddeutschlands seien nicht zu befürchten. Die norddeutschen Brüder würden schon dafür sorgen, daß sie nicht kämen. Die nötigen Waffen würden die Liefern müssen, die sie jetzt besäßen.

Die Revolutionsrat-Vollstimmte, die Kemmel aus seiner früheren Tätigkeit in Mannheim kennt, schreibt dazu: Wenn Hermann Kemmel wirklich solche Ausführungen gemacht hat — und es ist ihm wohl zuguzutrauen —, dann hat er damit bewiesen, daß er heute noch derselbe Schwabeneurer ist wie feinerzeit, als er noch in Mannheim war. Auch damals hat er alle 14 Tage die neue Revolution prophezeit und, daß die nicht gekommen ist, hat ihn nicht gestört, sie gleich weiter für die nächsten Wochen anzukündigen. Freilich aber ist es, daß er seinen unheilvollen Hören vorzumachen versucht, die reaktionären Truppen wären „nicht zu fürchten“ und die „Waffen“ würde man ihnen schon abnehmen. Das ist eine Leichtfertigkeit, die immer überheblich ist. Dafür sollte man ihn nicht ins Gefängnis sperren, sondern einem Psychiater zur Untersuchung seines Geisteszustandes überantworten.

### Fünf Jahre Gefängnis für Verbreitung von Gerüchten

Moskau, 1. Dez. Die Moskauer außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution (die „Tscheka“) hat über 3 Bürger wegen Verbreitung von Gerüchten, die das Ansehen der Sowjetregierung schädigten, Gefängnisstrafen für die Dauer von fünf Jahren verhängt. In ihrer Veröffentlichung darüber droht die außerordentliche Kommission den Gegenrevolutionären mit schonungslosen Strafen für Verbreitung panf-erzeugender Gerüchte.

### Kleine Nachrichten

Berlin, 2. Dez. Wie der „Vorwärts“ erzählt, ist der aus dem Elektrizitätswerk Bekannte „Kommunist“ Schif auf Beschuldigung des Hauptbuchhalters aus dem Verbands der Kaufmännischen und Heiser a u s g e s c h l o s s e n worden.

Berlin, 2. Dez. Eine heilige Großbank fiel einer Unterschlagung von rund einer Million zum Opfer, die ein gewisser Hermann Betzels durch gefälschte Papiere beging.

Berlin, 2. Dez. Wegen der Postener Aprilunruhen wurde in 14 Fällen zu Gefängnisstrafen von 14 Wochen bis zu 7 Jahren erkannt. In 12 Fällen wurden die Angeklagten freigesprochen.

Berlin. Der „Berl. Lokalanz.“ meldet aus S a n a u, daß die dortige Polizei großen Verwicklungen von Heresquit im Werte von 300 bis 400 000 M. auf die Spur gekommen ist. Die Hauptbeteiligten wurden in Untersuchungshaft genommen.

Berlin. Dem „Berl. Lokalanz.“ wird aus K ö n i g s b e r g gemeldet, daß in Gertsdorf bei Sensburg ein 60 Jahre alter, wegen Mordes vorbestrafter Verbrecher bei einem Raubmordversuch den Missetäter schuß niederstieß und ein 13 Jahre altes Mädchen durch Schamersschlag auf den Kopf tötete.

Berlin. Der „Berl. Lokalanz.“ gibt unter der Spitzmarke „Schwarze Kulturträger“ eine Meldung des „Stifter“ wieder, wonach in B e r a n g e b i l t e bei Rancy drei Marokkaner nach einem Streit mit jungen Leuten in ein Tanzlokal schossen und dadurch zwei Personen töteten und fünf schwer verletzten.

Berlin, 30. Nov. Die Reichsgrenzstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Seit Beginn des Gefangenenaustausches im Mai ds. Js. sind insgesamt 92 682 Heimkehrer aus Rußland und Sibirien in Deutschland eingetroffen. Darunter befinden sich 28 556 Reichsdeutsche, von denen 26 697 über die Tisze und 2069 über Wladivostok in der Heimat angelangt sind. Die Zahl der aus Deutschland abtransportierten Russen beträgt 200 und 108 000.

Berlin. Bei einem Einbruch in die Geschäftsräume des Reichsjugendamtes wurde der Geldschrank erbrochen und das in dem Koffer liegende Geld gestohlen. Die Räuber konnten noch nicht festgestellt werden.

Berlin. Wie der „Berl. Lokalanz.“ meldet, gingen nach der Statistik im Jahre 1917 in Deutschland und 600 000 Arbeitslose durch Streit verloren. Im Jahre 1919 waren es schon 4,9 Millionen. Im Jahre 1919 ergab sich die ungeheure Zahl von 43,6 Millionen Arbeitslosen, die durch Streit verloren gingen.

Berlin, 1. Dez. Wegen Verleumdung des Reichspräsidenten wurde d. Mitarbeiter der „Freien Presse“, Siegl, von der Strafkammer I des Landgerichts 1 zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Siegl hat am 5. 8. 20 einen Artikel in der „Freien Presse“ mit der Überschrift „Präsident Geberis Nicht als Schönheitsstängerin“ veröffentlicht. Das Gericht hat in dem Artikel eine wissenschaftliche und beachtliche Herabsetzung des Reichspräsidenten erblid.

Berlin. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, ist der Direktor des Etenhotels, Brindischer, der am 19. November von der Strafkammer des Bundesgerichts beim Landgericht 3 zu 9 Monaten Gefängnis und 200 000 M. Geldstrafe verurteilt worden war, nach der Schweiz entflohen.

Berlin, 1. Dez. Bei der Durchsicht der Wohnung eines bekannten Kommunistenführers nach Waffen beschlagnahmte die Kriminalpolizei einen Feldherrnstab des Königs von Sobieski, das anzunehmen ist, daß er gestohlen ist. Der Eigentümer erklärte, daß er ihn Ende August von einem unbekannten Händler in Warchau für 3000 polnische Mark gekauft habe.

Wien, 2. Dez. Wie die Blätter melden, verziffelte sich heute nacht der Direktor des Wiener Kramarplatzes „Widener Denny“, Jottmar, mit Morphem. Nach dem Selbstmord wurde eine Untersuchung von angeblich drei Millionen Kronen festgestellt. Dabur wird das Weiterereignis des Blattes in Frage gestellt.

### Die Schuld der Landwirte an ihrem Niedergang

Die bürgerliche „Wiederaufbauregierung“ hat dem künstlich wachgerufenen Schrei der Landwirtschaft nach Aufhebung der vielgeschmähten Zwangswirtschaft nachgegeben und trotz der Warnungen der Sozialdemokratie teilweise die „freie“ Wirtschaft eingeführt. Sie ging dabei — abgesehen von dem Wunsche befehl, sich in ihrer Machtposition durch einen der ausschlaggebendsten Faktoren der Volkswirtschaft, der Landwirtschaft, zu festigen, wohl von dem Gedanken aus, dadurch die Produktion zu heben.

Es kann aber als sicher angesehen werden, daß gerade das Gegenteil immer mehr eintreten wird. Der durch eigene Schuld kranke Körper der Landwirtschaft wird vergebens Anstrengungen machen, sich vom Krankenlager zu erheben und wie jetzt schon feststellbar, jedes Maß überschreiten; er wird sich überanstrengen und todkrank mit der gesamten Ernährungswirtschaft zusammenbrechen; reich an Wertpapieren und Kassenscheinen, arm an tatsächlichen Wirklichkeitswerten.

Die Landwirtschaft, die mehr oder weniger, besonders aber in der Geldwirtschaft, patriarchalischen Anschauungen huldigt, hielt mit den wirtschaftlichen Umwälzungen des Krieges nicht Schritt; sie sah nicht vorjorgend in den grauen Morgen einer gefährlichen Zukunft. Wie zu Urväterzeiten lebte sie weiter und blieb in der Vergangenheit stecken, absolut unfähig, volkswirtschaftlich zu denken und zu handeln. Der Krieg brachte eben nur „gute Zeiten“, die nach Ansicht der Landwirtschaft ausgenutzt werden mußten; daß diese „guten Zeiten“ aber die gesamte Wirtschaft auf den Kopf stellen würden und daß eine Anpassung an die neuentstandenen Verhältnisse notwendig sei, wollte nicht in die schmerzlichen Bauernschädel hinein. Die Landwirtschaft holte, angereizt durch die hohen Gewinne, aus ihrem Betrieb heraus, was herauszuholen war und trug die dafür eingelösten Kapitalgewinne auf die Sparkassen und Bankinstitute.

Eine Überanstrengung der Betriebsmittel setzte ein. Der Ausgabenetat für sie wurde aber nicht entsprechend den Einnahmen erhöht. Die Sparbarkeit war in eine blinde Geldgier ausgeartet. Aber die Kosten für Instandhaltung und Reparaturen der Gebäude, Maschinen und Geräte stiegen ebenfalls entsprechend der allgemeinen Geldentwertung. Zu fast 90 Prozent tat die Landwirtschaft den größten, nicht wieder gutzumachenden Fehler, der die Wurzel allen Übels ist: sie wollte diese höheren Betriebsunkosten nicht zahlen. Die Landwirte hofften, daß „alles wieder billiger würde“. Wurde wirklich ein Pfug oder ein anderes unentbehrliches Werkzeug angekauft, so geschah es erst, wenn es nicht mehr anders ging. Dann war der Preis dafür bereits wieder um ein mehrfaches gestiegen, während man damals beim Eintreten der Notwendigkeit, für einen Bruchteil des in kurzfristiger Sparwut auf die Kassen geschleppten gesamten Gewinnes, das Werkzeug erhalten hätte. Dazu kam noch, daß im Verlaufe des Krieges sich durch Einziehung der Handwerker auf dem Lande eine Not an geeigneten Kräften bemerkbar machte. Reparaturen, deren Auffchiebung nicht weiter möglich war, kosteten durch Herbeiholung der Handwerker von weither oft das mehrfache, Gelder, die man durch vernünftige Wirtschaft hätte einsparen können.

Die Landwirtschaft wartete weiter auf die „bald kommenden billigen Preise“ und wurselte sich tiefer und tiefer mit ihren bis zum äußersten ausgenühten und abgenügten Betriebsmitteln in den Sumpf hinein. Der angeblich an dem Niedergang der Produktion schuldige „Kunstfänger mangel“ ist vielfach ein Mantel zur Verdeckung der eigenen Sünden geworden. Er hat niemals in dem Maße in den ersten Kriegsjahren bestanden, wie es die Landwirtschaft glauben machen will. Wenn auch, so sagte man damals, durch Einstellung der Kunstdüngung, die Produktionsmengen zurückgehen würden, durch höhere Preise ließ sich die Schlotte leicht wettmachen. Das gleiche gilt von der modernen Ackerbestellung, die den Methoden früherer Zeiten langsam weichen mußte. Dem Bauer aber erschien, da er im allgemeinen überhaupt nicht viel von dem „neumodischen Mist“ hält, der Rückgang der Produktion lächerlich gering und für ihn undwichtig gegenüber einer Produktionssteigerung auf Kosten der restlos aufgeschöpften Kapitalgewinne.

Für die Volkswirtschaft trat aber schon zu einer Zeit, als es noch möglich war, die Produktion zu steigern, die so betrübende Tatsache ein, daß diese durch das unvernünftige, kurzfristige Treiben der Landwirte, die nur auf Erwerbung der nominellen Kapitalwerte nicht aber auf Steigerung und Erhaltung der tatsächlichen Werte bedacht war rapide zurückging. Von Jahr zu Jahr wurden die Böden im Wirtschaftsbetriebe größer. Gibt es doch Bauern, die die Treibern der Sädelmaschinen als Söhleher verkaufen, weil sie „schönes Geld“ brachten, und sich eine alte Sädelade aus Großvaterzeiten mit Sandbetrieb hervorruichten.



Nur in vereinzelten Gegenden, in denen schon zu Friedenszeiten infolge schlechter Bodenverhältnisse die Landwirtschaft nicht leben oder sterben konnte (z. B. in Teilen der Mark und Niederösterreich usw.) trat das Gegenteil ein. Diese Bauern, die bis dato mit einer Kuh ihr Mehl bestellten, deren Häuser zerfallen waren und die mit den denkbar primitivsten Geräten dem Boden gerade so viel hatten abringen können, daß sie selbst nicht verhungerten, begannen ihre minimalen Gewinne in die Wirtschaft zu stecken. Heute sieht man in diesen Dörfern, die schon in Friedenszeiten starke sozialistische Stimmungen aufwiesen, steingebundene Häuser, Neubauten, Pferde, Maschinen und Geräte. In diesen Dörfern ist gegenüber den Friedenszeiten ein Plus in der Erzeugung eingetreten, die Bauern produzieren, dank den Verbesserungen ihrer Betriebseinrichtungen, über den eigenen Bedarf hinaus. Der tatsächliche Wert ihrer Besitzungen hat mit dem nominalen Schritt gehalten, während sonst überall der nominale Wert durch Schuldenabreibung ins Unermessliche fiel, der wirkliche volkswirtschaftliche Wert aber weit hinter den in Friedenszeiten zurückblieb.

Mit der „freien Wirtschaft“ sollen diese Schäden beseitigt werden. Das Schlagwort, daß durch diesen Anreiz die Landwirtschaft die Produktion steigern wird, ist blühender Unsinn. Die scheinbaren Vorteile dafür, wie Mehrerzeugnisse, sind doch nur die ersten Anzeichen des großen Saisonverkaufs. Wenn eine wirkliche Produktionssteigerung eintreten soll, so müssen durchgreifende Verbesserungen des landwirtschaftlichen Betriebes vorgenommen werden. Selbst wenn die Konsumenten dem schamlosen Käufer freies Spiel lassen, und die Landwirte wollten mit diesen Gewinnen die Wunden einer verheerenden Wirtschaftskrise zuziehen, so müßten sie wohl oder übel die Kriegsgewinne mit zur Hilfe nehmen, wenn nicht ganz aufbrauchen. Wer aber so naiv ist und glaubt, daß der Bauer Kapital von der Sparkasse abhebt, wenn ihn nicht die zwingende Not dazu treibt, dem ist nicht zu helfen. Die „zwingende Not“ steht aber leider der Bauer noch nicht ein, er wird ruhig weiter seine Gewinne auf die Kassen tragen und nur das dringend Notwendige in seiner Wirtschaft verbessern.

Dagegen wird die Produktion zurückgehen, da der Landwirt „angereizt“ wird, alles, was er hat, zu Wucherpreisen zu machen; er wird die letzte Milchkuh aus dem Stall holen, wenn der Händler zahlt, was jener haben will. Wenn dadurch die Milchproduktion der Städte zusammenbricht (und der Tag liegt schon erschrecklich nahe), wenn tausende von Säuglingen verhungern, was ichers dem Landwirt; mancher freut sich noch obendrein, daß es dem „roten Pack“ schlecht geht. Die Aufrufe der Wirtschaftverbände und des Landbundes sprechen Bände und zeigen, daß man die Gefahren bereits ahnt. So erklärt der Vorsitzende der niederrheinischen Landwirtschaftskammer Geh. Regierungsrat von Alising-Niederzauhe einen „Mahnruf“ in der Zeitschrift, in dem es u. a. heißt:

„Es sei mit voller Offenheit erklärt, daß die größten Feinde nicht nur der Allgemeinheit, sondern auch ganz besonders der Landwirtschaft diejenigen Landwirte sind, welche sich im Schleichhandelswege beispielsweise 30 M für das Fund Butter, 300-400 M für den Zentner Weizen (es werden sogar 500 M gefordert und bezahlt, D. Verf.) und 1800 M für den Zentner Lebendgewicht des Schweines zahlen lassen.“

Es ist nicht beschämend, daß solche Aufrufe erlassen werden müssen. Ein entsetzlicher Zusammenbruch wird eines Tages eintreten.

Bei den Verhandlungen der Gewerkschaften von Neufeld (Ober-), Niederösterreich mit dem Kreiswirtschaftsverbände Freytag des Schlesischen Landbundes in Freytag am 20. Oktober 1920 jagte der Vorsitzende des Verbandes, Graf Jedlig, wörtlich:

„Ich bedaure, daß die Zwangswirtschaft so plöblich aufgehoben wurde, die Viehverwertungsgenossenschaft kam dadurch nicht zustande. Von wirtschaftlicher Seite betrachtet, hätte ich den völlig freien Handel auf lange Zeit für unmöglich. Ich fürchte, die Landwirte werden verführt, mehr abzugeben, als im Interesse der Viehwirtschaft notwendig ist. Da die Landwirtschaft in der letzten Zeit unter der Zwangswirtschaft nicht so sehr mit der Viehablieferung herangezogen

wurde, war die Stückzahl der Friedensjahre erreicht worden, allerdings ist das Vieh noch zu jung, noch bis 1 1/2 Jahre Schonung unter der Zwangswirtschaft, hätten uns auf den vollwertigen Viehbestand der Friedenszeit gebracht.“

Diese Aeußerung fand allseitige Zustimmung und keinerlei Widerspruch. Sie ist eine Anklage gegen die Regierung, die die Landwirtschaft ganz ins Verderben durch ihre verheerenden Maßnahmen hineinzog.

Wenn der große Laden der Landwirtschaft ausverkauft und der Rest des deutschen Viehes über die Grenze verschoben ist, wenn die Hungersnot die darbennde Großstadtbevölkerung zu Wahnsinnstagen, von denen bereits hier und da die ersten Proben aufscheinen, treibt, dann wird die Regierung den Schlüssel unter die Bilanz ihres „Wiederaufbaues“ legen müssen. Dann werden die Landwirte, soweit sie ehelich sind, sich nach der Zwangswirtschaft sehnen, die wenigstens Unruhen und Gewaltansprüche einer verzweifelten Menschheit verhindern konnte.

### U. S. V. und Neukommunisten unter sich

Seit die Neukommunisten und Rechtsunabhängigen feindliche Brüder geworden, sind sie herart eifrig mit dem Wachen der eigenen schmutzigen Wäsche beschäftigt, daß wir jetzt eine Art Schonzeit haben. Daher kommt es, daß wir uns in letzter Zeit etwas weniger mit den Derschaften zu beschäftigen haben. Welche Gefühle die genannten feindlichen Brüder gegenfeitig hegen, zeigt folgendes Bildchen in der rechtsunabhängigen „Mannheimer Tribüne“:

„Also darum! — Wir haben, als der Genosse Hermann Kruze-Karlsruhe sich vom „Süddeutschen“ zum „Moskiter“ wandelte, nicht verstanden können, welche Säkularfunktion diese Kruze-Tripotie bei ihm veranlaßt hat. Kruze mußte erst seine Gefühlsverhältnisse zu einem Journalisten ausmalen, bis wir endlich in den Spalten dieses spannenben Romans des Kruze'schen Jünglings fanden. Ein kleiner Satz ist, der uns einen ganzen Aderlaß aufgeben ließ. — Kruze schreibt da: „Witzigere Gedanken kriechen mir die Kehle hinauf! — Also, da haben wirs, Kruze's Gedanken haben die niederrichtige Angemessenheit, ihren Weg durch die Kehle zu nehmen. Sie kommen dann wahrscheinlich auch aus dem Magen? — Vergleichen! — Vergleichen! — — Aber wenn man sich überlegt, — praktisch ist diese Art, zu denken, doch.“

### Die Hohenzollern-Erbiedungen

Die gesamte bürgerliche Presse verbreitet eine Erklärung des Reichspräsidenten des Kronprinz, die offenbar die Anklage gegen die Hohenzollern wegen Kapitalverchiebung in der Öffentlichkeit entkräften soll. Aus dieser spaltenlosen Darstellung geht aber nur hervor, daß in der Tat der wegen Kapitalverchiebungen unter Anklage stehende Bankier Krüger beim Kronprinzen verbleibt hat, der Kronprinzessin Geld vorgeschied hat, daß ferner die Kronprinzessin bei ihm ein Konto über mehrere 100 000 Mark unterhalten hat. Weiter geht aus der Schrift hervor, daß die Kronprinzessin einen Teil ihrer Juwelen verkauft hat, um den Geld nach Holland zu schaffen.

Die Hohenzollern brauchen sich also nicht groß aufzuregen wegen der Aufhebung. Wo Rauch ist, ist auch Feuer.

### Watter in Münster

Wie der Postbote nicht vollkommene? Ein Augenzeuger teilt der „Neuen fr. Presse“ in Münster mit: Am Mittwoch, 24. November, abends 1/2 Uhr, kam General Watter, anscheinend mit dem Zuge von Köln, auf dem Bahnhof zu Münster an. Er stieg mit fünf Reichswehroffizieren in Uniform in zwei Zugautos, die vor dem Bahnhofgebäude standen. Drei Reichswehrsoldaten beluden ein drittes Automobil mit dem Gepäck des Generals.

Herr W. Watter hatte bekanntlich in Karlsruhe für eine neue Truppe geworben, die angeblich mit einem Kapital von 6 Millionen Mark arbeitet.

Die badische Regierung hatte daraufhin einen Postbefehl gegen W. Watter erlassen. W. war aber rechtzeitig „abgereist“, um in Münster wieder aufzutreten und sogar unter Begleitung von Reichswehroffizieren und Soldaten. Wir fragen: Hat er schließlich einen sicheren Unterhalt bei seinen adeligen Freunden in der Umgebung Münsters aufgeschuht oder betreibt er eine durch Verbindungen des Reichspräsidenten und des Ministers des Innern sowie durch Geheiß verbundene Kollaboration im Auftrage gewisser Regierungskreise oder mit ihrem Einverständnis? Sofortige Aufklärung ist nötig. Wird die Staatsanwaltschaft ein Postbefehl der badischen Regierung vollziehen? Wird auch der Oberpräsident die notwendigen Maßnahmen

ergreifen? Die Bevölkerung verlangt endlich Aufklärung!

Wie wenig harmlos das Treiben des Generalleutnants von Watter ist, mag daraus zu ersehen sein, daß er nach den verschiedensten Hauptzentren der deutschen Länder Verbindungen unterhält und daß seine Verbindungssoffiziere fortwährend sich auf Reisen befinden. Der bekannte Hauptmann von Pfeiffer ist von seinen Helfershelfern der Hauptbetrieblige. In der Tat muß man sich wundern, wie sich gegenüber solchen militärischen Konspirationen das Reichswehrministerium so wohl wie die Staatsanwaltschaft neutral verhalten.

### Badischer Landtag.

in Karlsruhe, 2. Dezember.

#### 2. Öffentliche Sitzung.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 4 Uhr. Eingegangen sind eine Reihe Gesuche. Ferner ging von der Regierung ein: ein Gesuchentwurf über Änderung des Vertriebs mit Grundstücken und ein Gesuchentwurf über die Sicherstellungspolizei wurde von der Regierung zurückgezogen.

#### Kurze Anfragen.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) fragt wegen Aufhebung der Stammgüter der Standesherrschaften an. Staatspräsident Trunk teilt mit, daß ein Gesuchentwurf über die Aufhebung der Stammgüter demnächst zu geben. Die Vorlage verjögerte sich wegen noch vorzunehmender Änderungen und weil mit anderen Ländern Fühlung genommen werden mußte.

Abg. Duffner (Zent.) fragt wegen Schwierigkeiten bei den Steuererklärungen auf dem Lande an. Minister Köhler teilt mit, daß die Steuerformulare wieder wie bisher das Ab- und Zuschreiben übernehmen. — Abg. Mager-Karlsruhe (D.M.) fragt wegen des Verbrennens von Pudersteinen auf Schnaps an. Vom Regierungsvorsteher wird mitgeteilt, daß die Genehmigung hierzu nur im Einvernehmen mit der Reichsjustizstelle erfolgt. Die gegen das Geheiß Vergehenden werden bestraft. — Abg. Wittmann (Zent.) und Niederhülsh (Dem.) fragen wegen Umbildung der Kataster-Verwaltung in eine Realzelle an. Der Regierungsvorsteher teilt mit, daß die Genehmigung solange abzulehnen ist, als die Gemeinde nicht genügend Beiträge leistet, sofern nicht der Landtag einen anderen Beschluß fällt. — Abg. Stork (Dem.) fragt wegen der Drohung des Kommunalverbandes Freiburg-Land mit einer schwarzen Liste an. Regierungsvorsteher erklärt, daß der beanstandete Satz entziffern mißbilligt wird.

Abg. Marzloff (Soz.) fragt an, ob der Regierung bekannt ist, daß

#### Badische Standesherrn

Schritte unternommen und sich an das feindliche Ausland wandten, um sich vor Steuern und Sozialisierung zu schützen? Was bedeutet die Regierung dagegen zu tun?

Staatspräsident Trunk teilt mit, daß der badische Regierung durch das Reichswirtschaftsministerium Kenntnis von einem Brief des Reichsherrn von Mensingen vom 28. August 1920 (wir veröffentlichten diesen Brief bereits im Bericht des Baden-Badener Parteitages) gegeben wurde, worin sich dieser an einen amerikanischen Direktor wandte, um zur Sicherung vor Steuern und Sozialisierung Hypotheken für Standesherrschaften anzunehmen. Herr v. Mensingen erklärte nachträglich der Regierung, daß er auf eigene Faust gehandelt habe. Herr v. Hürttenberg und der stellv. Vorsitzende der Standesherrn befragten sich dagegen zu haben. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß bei solcher Belastung die Genehmigung des Staatsministeriums erforderlich wäre. Eine Belastung wird aber nur bei Dringlichkeit (z. B. Geldaufnahme zur Zahlung des Reichsnotenlofers) erteilt.

Abg. Rehner (Soz.) fragt an, warum der Gesuchentwurf über die religiöse Erziehung der Kinder nicht den freireligiösen Gemeinden vorgelegt wurde? Staatspräsident Trunk teilt mit, daß der Entwurf nachträglich übermietet wurde. — Abg. Lefer (Dem.) fragt wegen des Verfalls des Heibelberger Schloßes an. Finanzminister Köhler teilt mit, daß der Frage Bedeutung gegeben wurde. — Abg. Großhans (Soz.) fragt wegen der Kollage der außerplanmäßigen Beamten an und, ob es möglich sei, eine einmalige Unterstützung zu gewähren. Finanzminister Köhler weist darauf hin, daß es sich zumest um Reichsbeamte handelt. Die Regierung ist durch das Reichswehrministerium außer Stande, hier einzuschreiten. Die Vergütung in der Probezeit darf nicht höher sein als die Vergütung für außerplanmäßige Beamte. Es ist nicht richtig, daß in Baden die Anstellungsgrundläge umgangen werden. Eine Sonderunterstützung als Beschäftigungshilfe kann die Regierung durch das Sperrgesetz nicht geben. Die Regierung wird

### Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff (Fortsetzung.)

Kein Feuer, keine Kohle  
Kann glühen so heiß  
Als heimliche Liebe,  
Von der niemand weiß.  
Altes Volkslied.

Die Besorgnisse des alten Herrn schienen nicht so unbedeutend gewesen zu sein, als Ambrosius Holland sie dargestellt hatte. Ein sehr großer Teil des Landes fiel zwar dem Herzog zu, weil die Fortie für den angelammten Regenten, der Bruder des Bundes und die anfangs so siegreichen Waffen Merichs viele Leuogen, die Huldigung, die sie gewunnenerweise dem Bunde gelan, zu verzeihen und sich für Württemberg zu erklären.

Wer die neue Huldigung, die alle früheren Verträge umriß, das Gerücht, daß manche Stadt durch Gewalt zu diesen Formen gezwungen worden sei, bewirkte wenigstens, daß der Herzog keine Popularität gewann, ein Mangel, der in so zweifelhafter Lage oft nur zu bald fühlbar wird. Noch bekärkten Ulrich, Göttingen und Tübingen auf ihren, dem Bunde geweihten Pflichten, denn ihre hündlich gelinnten Oberbäte zwangen sie mit Gewalt dazu. In Ulrich haufte Dietrich Spät, des Herzogs bitterster Feind. Er brachtte in wenigen Tagen so viel Menschheit auf, daß er nicht nur sein ganzes Amt im Raume hielt, sondern auch Einfälle in die Ländereien machte, die dem Herzog wieder zugefallen waren. Es ging auch das Gerücht, die Bundesstände seien förmlich von Nördlingen aufgeboden, jeder in seine Heimat geeilt, um frische Heere aufzubringen, und Ulrich zum zweitenmal auf Leben und Tod zu bekämpfen.

Ulrich selbst schien weder der einen noch der andern dieser Besorgnisse Raum zu geben. Er pflog bei verschlossenen Türen mit Ambrosius Holland Rat. Man sah viele Eilboten kommen und abgehen, aber niemand erfuhr, was sie brachten. In Stuttgart aber glaubte man fest, der Herzog müsse in der schließlichen Stimmung sein, denn wenn er mit seinem glänzende Gefolge durch die Straßen ritt, alle schönen Jungfrauen grüßte und mit den Herren zu seiner Seite scherzte und lachte, da lanten sie: „Herr Ulrich ist wieder so lustig, wie vor dem armen Konrad.“ Er hatte seinen Hofstaat wieder glänzend eingerichtet. Zwar war es nicht mehr wie früher der Sammelplatz der badischen, schwäbischen und fränkischen Grafen und Herren, gwa-

schlecht die Fürstin, die sonst einen schönen Kranz blühender Freuden an sich verflammt hatte, aber dennoch fehlte es nicht an schönen Frauen und schmunzelnden Mägen, seinen Hof zu verberlichen, und die Luft dieser Stadt schien schon damals der Schönheit so günstig zu sein, daß die bunten Reihen in den Sälen und Hallen des Schlosses nicht einer gewöhnlichen Versammlung, sondern einer Auswahl aus den schönen Frauen des Landes glichen.

Tänze und Nitterspiele waren in ihre alten Rechte eingesetzt worden. Fest drängt sich an Fest, und Ulrich schien eifrig nachholen zu wollen, was er in der Zeit seines Unglücks verstimmt hatte. Keines dieser gerinosen Feste war die Hochzeit Georgs von Sturmfeber mit der Gräfin von Lichtenstein.

Der alte Herr hatte sich lange nicht entschließen können, fern Wort zu halten. Nicht daß er die Wahl seiner Tochter mißbilligt hätte, denn er liebte seinen Eidam väterlich, er sah in ihm seine eigene Jugend wieder aufblühen, er schlug ihm seine freimillige Verbannung mit dem Herzog hoch an. Aber die der Horizont von Ulrichs Glück, so war auch die Sterne des alten Mannes noch immer unruhig, denn er ahnte, daß es nicht so bleiben werde, wie es jetzt war, und tief schmerzte es ihn, daß der Herzog in so mancher wichtigen Angelegenheit von seinem Rat nicht Gebrauch machte, sondern alles heimlich mit seinem Kanzler abhandelte. So hatte er unwillkürlich und betrübt den Tag der Kreuze immer hinausgeschoben, aber die schönen Augen seiner Tochter, in welchen er oft einen leisen Wortpuff zu lesen glaubte, Georgs Witten nötigten ihn endlich einen bestimmten Termin ab. Der Herzog ließ es sich nicht nehmen, die Hochzeit auszurichten. Er modte sich seiner Rädte erinnern, wo der Vater nicht müde ward, ihm seine Anhänglichkeit zu bezeugen, wo die zarte Tochter keinen Sturm, keine Rädte scheute, um ihn am Burntor zu empfangen, um ihn mit warmen Speisen zu laben. Er modte sich noch aus der jüngsten Bernamauheit der Opfer erinnern, die ihm der Brautigam gebracht hatte, er zeigte auf glänzende Art, wie er Treue, Aufrichtigkeit und Liebe, die sich ihm so selten bewährt hatten, zu verzeihen wisse. Der Ritter und seine Tochter waren bisher noch immer seine Gäste, im Schloß zu Stuttgart gemein, jetzt ließ er ein schönes Haus nächst der Kollonialkirche mit neuem Hausgerät versehen und überpab am Vorabend der Hochzeit den Schlüssel dem Präulem von Lichtenstein, mit dem Wunsche, sie möchte es, so oft sie in Stuttgart sei, bemohnen.

Und jetzt endlich war der Tag gekommen, welchen Georg gefeiert hatte. Er rief sich am Morgen dieses Tages das ganze Leben seiner Liebe zurück; er wunderte sich, wie alles so ganz anders gekommen war, als er sich gedacht hatte. Wie hätte er,

als er damals durch den Schönbuch nach der Heimat zog, denken können, daß das Glück, die Geliebte ganz zu besitzen, nicht mehr so fern liegen werde, als er fürchtete. Wie hätte er als er sich an das Bundesheer angeschlossen, ahnen können, daß der Herzog, welchen er zu bekriegen kam, sein Glück gründete werden. Mit welcher heiterer Ruhe dachte er jetzt an die Stunden jener Tage zurück, wo es ihm zuerst wieder möglich geworden war, der Geliebten ein Wortchen der Liebe zuzuflüstern, wo er die Scherzessende vernahm, daß ihr Vater, ein Freund des Bundes, sie mit sich hinwegführen werde; wo er in Vertos Garten die unglücklichste Stunde seines Lebens im schmerzlichen Abschied von der Geliebten hindrachte, wo er auf lange, vielleicht auf ewig verloren glaubte, was heute auf emig sein werden sollte. Jedw's Wort der Geliebten lehrte wieder in seiner Erinnerung, und er mußte aufs neue ihre hohe Zuvorridt, ihren schönen Glauben an ein glänzendes Geschick bewundern, den sie auch damals, wo die Zukunft mit einem düsteren Schleier verhüllt, und keine Aussicht keine Hoffnung mehr war, nicht verlor, den sie mit dem letzten Abschiedsruß auch ihm mitzuteilen wußte.

„Er hat uns nicht gelogen, dieser Meube.“ sprach der junge Mann, von der Erinnerung bewegt, zu sich: „es lebt eine heilige, ahnungsvolle Stimme in ihrer reinen Seele, und ihr klares Auge, das in dem meinigen die Gewißheit meiner Liebe las, tauchte auch damals tief in die Zukunft und verflüchtete Glück, es wird sie auch jetzt nicht täuschen, wenn es ein süßes, ungeheures Glück in unserer Verbindung liegt.“

Ein beschiedenes Wortchen an der Türe unterbrach die lange Gedankenreihe, die sich an den heutigen Tag knüpfen und in die ferne Zukunft hinausziehen wollte. Es war Herr Dietrich von Kraft, der statlich gekleidet zu ihm eintrat.

„Wie?“ rief dieser, Schreiber des großen Rates zu ihm und schlug voll Bewunderung die Hände zusammen. „Wie? In diesem Wams mollet Ihr Euch doch höfentlich nicht trauen lassen! Es ist schon neun Uhr, die Gänge und Treppen des Schlosses wimmeln von Hochzeitgästen, die von Comt und Seide glänzen, und Ihr, die Gaupheron im Schloß, schauet ruhig zum Fenster hinaus, statt Euren Anzug zu befragen?“

„Dort liegt der ganze Anzug.“ erwiderte Georg lächelnd. „Vareit und Fäden, Mantel und Wams, alles auf schönste zubereitet, aber Gott weiß, ich habe noch nicht daran gedacht, daß ich dieses Festwerk auf mich häufen solle. Dies Wams ist mir lieber als jenes schöne neue. Ich habe es in früheren, aber dennoch glücklichen Tagen getragen.“

(Fortsetzung folgt.)



alles tun, um die Kollage zu mildern, doch kann sie nicht über das Reichsgesetz hinaus. — Abg. Großhaus (Soz.) fragt wegen Kollage der Tiefbauunternehmer an. Finanzminister Müller teilt mit, daß die Regierung in die Prüfung der Angelegenheit eintritt. — Abg. Mager (D.M.) fragt wegen Überweisung von Sanitätsmaterial an die Reichswehr an. Vom Regierungsvorsteher wird mitgeteilt, daß die vom Krieg vorhandenen Gegenstände nach Einbindung der Lagerorte der Reichswehr zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Spengler (Zentr.) fragt wegen der Beschäftigungserdung an. Arbeitsminister Müller erklärt, daß sich die badische Regierung für die Einführung einer Radikalforschung ausgesprochen. — Abg. Duffner (Zentr.) fragt wegen der Landesbauordnung an. Arbeitsminister Müller teilt mit, daß die Anwendung mildernder Bauordnungen veranlaßt wurde. — Abg. Stelbauer (Dem.) fragt wegen der geplanten Kanalprojekte an. Arbeitsminister Müller teilt mit, daß auf die Landwirtschaft, Natur hierbei Rücksicht genommen wurde. Von der deutschen Nationalen Fraktion ist ein Antrag auf Aufhebung der Raubbesenstellen eingegangen.

**Zweiten Nachtrag zum Staatsvoranschlag**

Der nicht nur den sachlichen Teil enthält, sondern auch die durch die Zeit notwendigen persönlichen Ausgaben. Dieser Nachtrag, der auf äußerster Sparlichkeit beruht, gibt ein übersichtliches Bild unserer Finanzlage. Die ordentlichen Ausgaben werden durch die ordentlichen Einnahmen zu decken gesucht. Die auf Wohnungsbau bezüglichen außerordentlichen Ausgaben zu vermeiden gesucht. Bei den Stellen war man auf äußerster Sparlichkeit bedacht. Man darf hoffen, daß die Reichsregierung über unsere Finanzverhältnisse nunmehr ihre Tätigkeit einstellen. Die Regierung wird Maßnahmen zur Bekämpfung neuer Mittel treffen. Hierbei kommen in Frage die Reueinführung der Schenksteuer, Gewerbesteuer, Beförderungsteuer und Wagnersche Steuer. Auf diese Weise hofft die Regierung um Anleihen für unproduktive Zwecke herumzukommen. Eine Anleihe zum diesjährigen Etat ist nicht nötig. Manche deredite Förderung mußte unberücksichtigt bleiben, um unseren Etat zu sanieren zu können. Die Gesamtschulden unserer Beamten betragen 316,8 Millionen. Trotz schärfster Einschränkung sind wir unseren Verpflichtungen gegenüber die Hochschulen und gegen das Landtheater nachzukommen.

Alle Aufgaben dienen der Erfüllung von Staatsaufgaben. Prinzip war dabei: keine Ausgabe ohne Deckung. Dieser Grundsatz dient auch die Anlegung einer zweijährigen Budgetverträge. Wir sind bemüht — mit Hilfe eines Nachtrages — den Etat für 1921 auch für 1922 zugrunde zu legen. Die Steuerhinterziehungen stammen aus allen Klassen, die die Möglichkeit zur Steuerhinterziehung haben. Hier spielt die Bestimmung eine große Rolle. Durch häufig zirkulierende Kritik an den neuen Steuergeetzen wird die Steuerrentabilität nicht gehoben. Man kann gegen die ungenügenden Steuerhinterziehungen gar nicht scharf genug vorgehen. (Sehr richtig!) Die Verlagerung der freien Berufe wird bei der nächsten Budgetführung. Ich möchte sogar mit Untersuchungen vorgehen. Es gab Beschwerden, daß bin ich sehr bedauere. Es muß gelingen, die Staatswirtschaft auf der abschüssigen Bahn zum Stehen zu bringen. Auf dem Gebiete der Wohnungsbauordnung wird, wie ich hoffe, rasch Verabreichung einleiten. Baden wird sich dem Reiche, dem es keine Güte anleihen wird, rasch folgen. Ein diesbezüglicher Gesetzentwurf ist vorbereitet. Durch das Reichsgericht wird Ordnung in die Geschäfte gebracht. Hier zu einer Forderung zu kommen, muß mit einer Senkung der Preispreise begonnen werden. Wenn wir die Gewinne in der Industrie und den Banken sehen, dann wird es verständlich, warum den Welle solch hohe Preise abgemindert werden sollten. Um eine Erhöhung der Preise der außerordentlichen Beamten sind wir bedacht. Die Rückstände für Dezember sollen seinen Betrag enthalten. Am Rückzahlungsgebot wird sich Baden dem Reich anschließen; für Dezember ist heute eine Anwendung auf Vorzahlung hinausgegangen. Die Regierung tut alles, um der Kollage der Beamten, der der Staat auszusprechen wird, zu steuern. Ich vermute deshalb die seit einigen Tagen eingeleitete politische Richtung nicht. Ich kann nicht glauben, daß sich unsere Beamtenchaft diesem Weg des Unfalls anschließen. Demnach wird das badische Ausführungsgesetz rasch. Bedeutend verändert hat sich die finanzielle Lage der Gemeinden. Mit einer vernünftigen Lösung nach unten ist es möglich, den Gemeinden durch Verringerung des vom Reich steuerfreien Einkommens einmündige eine ergiebige Einnahme zu verschaffen. Der Steuerertrag brachte in Baden bis November 58,4 Millionen Mark. Das Reich ist seiner Verpflichtung zur Zahlung der Eisenbahnrente voll nachzukommen.

Eine große Gefahr sehe ich in der internationalen Finanzkontrolle. Wir müssen deshalb alles tun, um freie Hand in unserer Finanzverwaltung zu haben. Die Frage der Besetzung des Reichsbankrates ist eine äußerst drohende. Eine weitere Gefahr sind die mangelnden Lebensmittel. Diese Gefahren müssen beseitigt werden. Die Quelle zur Besserung kann jedoch

einzig in der Änderung des Friedensvertrages liegen. Ohne daß der Friedensvertrag umgeschrieben wird, können wir nicht zu einer Regelung der Finanzen. Wir sind bereit zur Beseitigung dieser Lage. Diese Lage jedoch nur in Arbeit und Waren liegen. Wir wollen den Arbeiter zum Träger der Produktion machen. Wenn der Kapitalismus weiter seinen Totentanz tanzt, so werden wir mit hineingerissen. Nur ein einiges geselliges Volk ist imstande, den Weg des Aufstiegs zu bahnen.

**Gesetzentwürfe**

Abg. Red (Dem.) berichtet über den Gesetzentwurf über die Verteilung des Rechnungsjahres der Kreisverbände in Uebereinstimmung mit den Gemeinden auf 1. April. Der Gesetzentwurf wird vorbehaltlos einstimmig angenommen.

Abg. Wittmann (Ztr.) berichtet über den Gesetzentwurf über die Änderung des Dienststreife- und Auszugsgesetzes, das insbesondere die Klassenstellung provisorisch neu regelt. Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Abg. Dahn (Soz.) berichtet über den Gesetzentwurf betr. das Brandweinmonopol, wonach beim Reichsrat beantragt werden soll, das Gesetz vom 28. Juli 1918 über das Brandweinmonopol in den außerhalb der Zollgrenze des Deutschen Reiches liegenden Gebietszonen in Wirksamkeit zu setzen. Mit Rücksicht auf die Finanzlage ist dieses Gesetz geboten. — Der Gesetzentwurf wird vorbehaltlos einstimmig angenommen.

**Interpellation über die Elektrizitätsversorgung**

Abg. Jehn (Dem.) begründet seine Interpellation auf gleichmäßige Elektrizitätsversorgung in ganz Baden und besonderer Rücksicht auf den Kreis Mosbach, denen eine frühere Versorgung unmöglich war.

Arbeitsminister Müller teilt mit, daß sich der Verbleibbeitrag im Kreis Mosbach pro Kopf höher stellt als in Mittelbaden und zwar infolge der geringeren Bevölkerungsdichte. Trotzdem ist der Kostenbeitrag nur auf 100 % pro Kopf festgesetzt worden. Es ist die Pflicht der Regierung, in allen Versorgungsbezirken möglichst gleiche Strombezugsbedingungen zu schaffen. Die Vorparierungen der Regierung wurden nicht in der vom Abg. Jehn gegebenen Fassung gemacht. Wir hoffen, daß die Arbeiten der Reichsfinanzkommission, sobald das Reich geneigt wird, in größerer Umfang aufgenommen werden, sodas die beiden großen Werke zwischen Heidelberg und Mannheim in drei Jahren fertig werden, wie die Regierung früher erklärte.

Abg. Weiskopf (Zentr.) begründet seine Interpellation um 3 PS-Kraftwerke für Oberbaden.

Minister Müller kann nicht finden, daß die Gegenangabe sticht. Die Interpellation wurde, das Werk in Galsen, das eine Versorgung ermöglicht, ist jetzt erst errichtet worden. Früher wollte die Gegenangabe gar keinen Grund. Die allermeisten Gemeinden haben den Zuschlag bereits gelehrt, ein Beweis, daß sie es auch schon konnten. In dem Umkreis, daß für landwirtschaftliche Betriebe 1 1/2 PS-Motoren in Betracht kommen, muß festgestellt werden. Die 1 1/2 PS-Motoren sind für die Landwirtschaft auch am vorteilhaftesten. Der Staat ist, von Ausnahmen abgesehen, aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage, 5-PS-Motoren anzuführen.

Präsident Ruff begründet den anstelle der zurückgezogenen Frau Abg. Herten (Dem.) in den Landtag eingetretenen Abg. Dr. Bod. Börrach (Dem.).

Nächste Sitzung: Freitag früh 9 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen, Petitionen. Schluß der Sitzung: 7.35 Uhr.

Der 2. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1921, der in der Landtagsitzung vom Freitag überreicht wurde, umfaßt folgende Positionen in der Ausgabe Seite: Landtag 2 471 910 M.; Staatsministerium 639 636 M.; vormaliges Ministerium des Innern in ordentlichen Etat 555 610 M.; im außerordentlichen Etat 188 000 M.; Finanzministerium in ordentlichen Etat 111 569 476 M.; im außerordentlichen 1 798 000 M.; Ministerium des Innern in ordentlichen Etat 115 500 780 M.; im außerordentlichen Etat 102 751 010 M.; Justizministerium in ordentlichen Etat 73 597 520 M.; im außerordentlichen Etat 2 375 500 M.; Kultus- und Unterrichtsministerium in ordentlichen Etat 122 047 620 M.; im außerordentlichen Etat 15 806 400 M.; Arbeitsministerium: in ordentlichen Etat 47 447 120 M.; im außerordentlichen Etat 55 558 000 M.; Oberrechnungskammer 513 855 M.; die Gesamtsomme der Ausgaben des Nachtrages beträgt in ordentlichen Etat 604 757 231 M.; im außerordentlichen Etat 178 270 000 M. Einnahmen werden veranschlagt: Landtag 12 400 M.; Auswärtiges 98 600 M.; Finanzministerium 429 288 400 M.; Ministerium des Innern 115 276 490 M.; Justizministerium 21 122 960 M.; Kultus- und Unterrichtsministerium 11 225 045 M.; Arbeitsministerium 15 192 440 M.; Oberrechnungskammer 2010 M. Insgesamt betragen die Einnahmen in ordentlichen Etat 602 280 015 M.; im außerordentlichen Etat 90 483 440 M. Es bleibt somit ein Mehrbetrag an Ausgaben von 90 234 886 M.

**Zur Transportkontrolle durch die Eisenbahner**

Der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften sendet uns auf den Artikel der Hauptbetriebsräte bei der Eisenbahngeneraldirektion unter obiger Überschrift in Nr. 268 unseres Blattes folgende Zuschrift:

Zur Klarstellung der ganzen Angelegenheit möchten wir als die Vertreter dieser beiden Organisationen einige Worte zur Aufklärung geben:

Wie den Fachleuten bekannt, gingen die Okerpreise im Laufe des Monats August d. J. außerordentlich zurück, bis zu einem Preis, der nur noch die Hälfte des Höchststandes erreichte. Wir haben den Oker damals allen Verbrauchervereinigungen — so u. a. auch dem kommunalverband Rorschach-Stadt, der jedoch auf den Bezug verzichtete — an. Da wir auf Veranlassung des Badischen Ministeriums des Innern eine größere Partie Oker zu den höchsten Preisen als Reserve zu Verfügung stellen und auch an diesen Beständen ein sehr empfindlicher Verlust zu verzeichnen war, befürwortete das Badische Ministerium des Innern die Ausfuhr von 10 Wagen Oker in die Schweiz, deren Gegenwert dazu dienen sollte, unsere Frankenschuld wenigstens zu bezinsen. Die Erlaubnis zur Ausfuhr wurde von der Reichsregierung am 25. August erteilt. Anstatt der 10 Wagen Oker brachten wir nur zwei auf den Weg, die jedoch zu dem festgesetzten Termin (am 2. September) deshalb nicht abfertigen durften, weil die schriftlichen Unterlagen des Herrn Reichskommissars für Ausfuhr und Einfuhrbewilligung erst am 3. bei der Kontrollstelle Weiskopf/Obhöhe einliefen. Auf unsere Vorstellungen hin wurde der Ausfuhrtermin zum drittenmale unbefristet verlängert. Der Reichskommissar für die Ein- und Ausfuhrbewilligung veräumte jedoch, die zuständigen Grenzstellen schriftlich von dem Beschieben zu verständigen. Lediglich das Hauptzollamt in Basel wurde telegraphisch von ihm benachrichtigt.

Nachdem uns am 30. Oktober der Reichsbeamtratte für die Ueberwachung der Aus- und Einfuhr-Verkehr mitteilte, daß er die Kontrollstelle Weiskopf/Obhöhe beauftragt habe, die im Ganzen 440 Ztr. Oker die Grenze passieren zu lassen, gaben wir unterem Expedienten den Auftrag, nunmehr die Ware an den Schweizer Empfänger, der dieselbe schon Ende August von uns gekauft hatte, auszuliefern. Der Staatsanwalt, der die Ware zum zweitenmale schon beschlagnahmt hätte, gab sie jedoch erst am 6. November frei. In diesem Tone griffen sodann die Betriebsräte der Station Weiskopf/Obhöhe, in weiterer Verfolge auch das Gewerkschaftsamt Rorschach, die Sache auf, nachdem sie von den befragten Stellen, wie Staatsanwaltschaft und Kontrollstelle, nur eine ungenügende Auskunft erhalten hatten. Eine kurze Nachfrage bei uns hätte die Angelegenheit sofort geklärt.

Wir hoffen also fest, daß die Ausfuhrbewilligung für den Oker nur teilweise von uns in Anspruch genommen wurde und daß es niemand eingekauft wäre an der Ausfuhr dieser zwei Wagen Oker auch nur den geringsten Anstand zu nehmen, wenn die mit der Abwicklung dieser Geschäfte betrauten Reichsstellen prompter gearbeitet hätten.

In der oben erwähnten Mitteilung der Hauptbetriebsräte wird Oker unter die Lebensmittel gerechnet. Dem gegenüber verweisen wir auf die Tatsache, daß dies natürlich ein Irrtum ist. In Okerähnlichkeit gibt es in Deutschland keinen Oker. Der gegenwärtige Oker nach Oker kommt allein von den Schweizer Oker, die feinerzeit, als im August Oker angeworben war, sich nicht genügend eingebüßt hatten und den fest von der Reichsregierung festgesetzten Oker nicht abnehmen wollten.

**Badische Politik**

**Zur Schließung der Mühlen**

durch die unterbadische Mähervereingung schreibt uns der Verband der Bauern- und Mäherarbeiter:

Die unterbadische Mähervereingung gibt durch Inserate in den Zeitungen bekannt, daß ihre Mitglieder wegen fortgesetzten strafrechtlichen Verfolgungen am 1. Dezember ihre Betriebe schließen. Damit haben sie den Gesetzen und der Regierung erneut den Kampf angefohrt. Wir erwarten nun, daß die Regierung den hingeworfenen Fehlschuld anerkennen und mit den widerpenflichen Schwarzmalern ganze Arbeit macht. Sie kann sich ja von dem nun aussonnretenden Landtag Vollmacht geben lassen, soweit die bestehenden Gesetze und Verordnungen nicht ausreichen sollten. Wir schlagen folgende Maßnahmen vor:

1. Sämtliche Mähermühlen in Baden werden geschlossen und verriegelt.
2. In jedem Amtsbezirk wird eine Mühle beschlagnahmt, welche für Selbstverlänger gegen Mahlscheine unter ständiger Kontrolle der Regierung in Betrieb gesetzt wird.

**„Ich steige aus“**

Eine Etizze zum heutigen Wohnungselend  
Von Dr. Karl A. Weiskopf

(Nachdruck erbeten.)  
Ein kleines Selbstverlebens auf der Eisenbahn möchte ich hier schreiben, das unser anjogales Jähren kennzeichnet. An einem eifigen Binnertage fuhr ich von Köln nach Mainz in der hintersten Abteilung des letzten Wagens eines enloes langen Schnellzuges II. Güte ohne D-Zugwagen. Während der Fahrt um schmerzliche Gesichtchen zu Zal trieb, faulte der Schnellzug stromaufwärts. Aber nicht jede Schnelligkeit schafft Wärme. Der Geizer sparte Kohlen und leitete der Heizung nicht genügend Dampf zu. Wir flanzerten vor Kälte, obwohl es noch in der Vorkriegszeit war. Kamentlich eine fette Pampell, auch jetzt hält also nicht immer warm, sagte wehleidig, jammerte und schimpfte über die Rücksichtslosigkeit der Bahn im besonderen und das mangelnde Interesse an Mitmenschen im allgemeinen.  
Der Schnellzug hielt kurz in Bonn. Wir verjuchten es, den Mann in der roten Mütze zu ergötzen, um ihm unser Leid zu klagen. Doch der Beamte stand vorn am Bug. Jeder wie ihn oder einen Schaffner erachteten, rief es: „Gnädigen! Mit Mütze und Rot gewann ein Mäherfender, der sich zu weit vorgemagt hatte, um das rot leuchtende Verkehrszeichen zu erreichen, noch im Anfahren unser Kuppe. Wir tronen weiter. Die fette Pampell schimpfte nicht nur im Posten und Kompartiment, nein im Superlativ über die mangelnde Rücksicht.  
Der Zug lief dannend in die Bahnhofshalle Koblenz ein. Wieder stand der Beamte in der roten Mütze am Anfang des Zugels. Aber diesmal schienen wir Glück zu haben, unsere Mitmenschen, die fette Pampell, fuhr in Koblenz aus. „Ach, nun seien Sie so gut und klagen Sie dem Beamten in der roten Mütze unser Leid, damit er Stellung gibt, daß mehr Dampf für die Heizung eingelassen wird.“ Wenn wir nicht schon halb erfrorzen gemeldet wären, so errieten wir jetzt zu Gesicht: die fette Pampell, die bisher am argsten über die unannehmliche Behandlung gekimpft hatte, weigerte sich, für uns zu den Beamten zu gehen: „Nehmen Sie mir es nicht übel, ich bin nicht mehr interessiert, ich steige aus.“

Im hintersten Kuppe des letzten Wagens im Schnellzug II. Güte unseres heutigen Volks- und Familienlebens sitzen

heute freizend, nicht nur zwischen Köln und Koblenz, sondern im ganzen Reiche, die bebautenmerkten Familien und Hauptpaare, die keine geeignete Wohnung finden können. Es wäre einfach nicht denkbar, daß diese große Masse von Unglücklichen sich nicht zu einem ehernen Blatt zusammengeschlossen und dadurch für den Erfolg gegen gewisse Hausbesitzer und manche Mäherrentner wie gegen unglückliche Verwaltungen die nötige Stichtkraft sich selbst erzeugt hätte, wenn nicht diejenigen Wohnungsuchenden, die Geld, hinlängliche Beziehungen und gute Worte früher zu einem eigenen, wärmenden Herdfeuer gefährt haben, nach dem Muster der fetten Pampell erklärten: Ich bin nicht mehr interessiert, ich steige aus. Der Beamte, auch der in der roten Mütze, steht vorn bei der Lokomotive. Er wackelt auf andere Dinge. Die Schaffner sind überzettel. Und die Zwischen vorn im Bug, die haben ja, in schönen Wohnungen, gut warm.

Wohin soll diese Gleichgültigkeit gegenüber dem Andern noch führen, obwohl man sich heute so gern „logal“ nennt? Kein Engel kommt vom Himmel, das Wohnungs-elend zu lindern. Kein Verpfitz baut dem Faust Götter. Die miserabile Papiergeldwirtschaft bleibt für Jahre gehn. Der geringe Papiergeldwert mag sich durch deutsche Arbeitskraft und Verarbeitungsvermögen nach langen Jahren etwas besser, derjenige Kauf oder jedenfalls mit janzogen Werten durch die Welt, der annimmt, man könne nach Jahren schon billiger bauen. Zwei Jahre warten die Wänden darauf schon bezugsfähig und lernen nichts an.

Selbst wenn der wirtschaftliche Zusammenbruch des Staates und der Städte sich in katastrophalen Ereignissen der Finanzen offenbart, ausreichend Wohnungen müssen endlich geschaffen werden und beschaffen, wie jede gute, dauerhafte Ware ihren Wert. Den ungenügenden Wohnungsbau nicht mit unzureichenden Mitteln, sondern mit hinreichenden Mitteln, verlangt die Ethik. Das verlangt die Notwendigkeit der Familienunterstützung als Grundlage der Staatsverheiraten. Das verlangt als Voraussetzung der wirtschaftliche Woherhalten. Das verlangt vor allem die hittere Innere-Hilfkeit, daß 80 oder 95 Prozent aller Menschen glücklich und billig in ihren alten Wohnungen behaglich dahinföhren, während 5 Prozent oder mehr nicht wissen, wo sie ihr Haupt hinlegen sollen, fast nach einem eigenen Kläben suchen, wie ein Hund nach dem Flein. Diese unerhört unerredete Verteilung der Wohnungen ist allmählich himmelschreiend.

„Nehmen Sie mir es nicht übel, ich steige aus.“ sagt der Eine. „Was geht mich die Not der Andern an, ich wohne ja

sehr schön und billig, ich zahle fast die gleiche Miete wie vor dem Kriege, aber mit Papiergeld, das nur ein Zehntel wert ist; was schert mich die, die umziehen müssen.“ denkt der Andere, oder er denkt überhaupt an nichts, was ihn nicht brennt.

So dar das nicht weitergehen! Und wenn nun in anquerkennender Weise die Mietesteuer vorgeschlagen wird, so heißt es, nicht mehr lange theoretieren, sondern so rasch als möglich etwas Konkretes schaffen. Da gibt es im Reich Arbeit und Verdienst für eine Million Menschen im Bauwesen und durch das Bauwesen. Mit dem ersten Frühlingssommerbeginn mögten allenhalben vor den Städten die nötigen Wänden begonnen werden. Es ist schließlich nicht zu vernünftigen, daß nach dem Jahre 1919 nun auch nach dem Jahre 1920 ohne energische Bautätigkeit verloren gegangen ist. Cabaret consules!

Gleichzeitig ist der Bauwesenoffenheitsgedanke zu fördern und eine innere Kolonisation als einzig wirksames Mittel gegen die Auswanderung in großem Maße anzulegen. Nach der heutigen wirtschaftsgeographischen Vorgängen und Tatsachen ist es ein wirtschaftlicher Unsin, in der Rheinebene noch größere Wälder zu unterhalten. Wir haben in Baden in den Gebirgen genug oder übergenug Wälder. Abgesehen von einem Reservelands nördlich Karlsruhe gehörte der ganze Wald in Kleinriedelose zu je 2 Hektar aufgeteilt. Das gäbe eine innere Kolonisation für 100 000 Bewohner. Oder es wären in Vororten Heimstätten mit Klein- und Mittelwohnungen zu 3 Morgen zu errichten. Da bräute man 400 000 Einwohner glücklich auf einer Sohle unter, eine schottische, wirtschaftlich gesunde Arbeiterbevölkerung. Das wäre positive Arbeit, zu der nicht fehlt als Einfach, Entschlußkraft und die sachverständige Organisation.

Ihr Mitgeföhren des Wohnungselends, schert Euch zusammen, gebt uns die eiserne Stichtkraft, die uns nach der Rahl und der Qualität unseres Glends autonom, dann braucht kein Jahr zu vergehen und die Hälfte des Wohnungselends ist beseitigt, noch ein Jahr und das Wohnungselend, soweit es der Krieg und die Papiergeldpolitik brachte, kann beseitigt sein. Ihr aber, die ihr das Wohnungselend am eigenen Leibe erfahren habt und jetzt untergekommen seid, sagt nicht: Ich bin nicht interessiert, ich steige aus.“ sondern heißt uns mit. Ihr aber, beati possidentes, die ihr eure schöne Wohnung mit Behutsamkeit in Papier bezahlt, vergeht nicht, logal an etwas zu denken: an den Andern!



Der Verkauf und die Benutzung von Schrotmühlen ist verboten

Der gegen diese Vorschriften verstoßt, wird mit Vermögenskonfiskation geahndet, neben der höchstzulässigen gerichtlichen Strafe (Zuchthaus).

Dieser fortgesetzte Widerstand der Landwirtschaft und der Müller hat nun dahin geführt, daß immer mehr ausländisches Getreide herangebracht werden muß und aus diesem Grunde eine Verteuerung des Brotes herausbeschworen wird, mit all seinen Folgen für die Staats- und Gesellschaftsordnung. Scharfe Maßnahmen gegen diejenigen Kreise, welche es mit ihrem Gewissen vereinbaren können, solche Zustände heraufzubeschwören, sind nun unbedingt am Platze. Die vorhandenen Maßnahmen des Staates müssen eingesetzt werden und die Arbeiterschaft muß sich hinter die Regierung stellen, um zu retten, was zu retten ist. Darum fort mit der bisherigen Rücksichtnahme und ganze Arbeit gemacht.

Diesemigen Mühlenarbeiter, welche durch die Gewaltmaßnahme der Mühlenbesitzer durch Kündigung und Entlassung einen Schaden erleiden, wollen sich sofort beim Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter melden, damit die nötigen Schritte eingeleitet werden können.

Landeszeitungspolitik

Da die mangelnden Fähigkeiten der Redaktion der badischen Landeszeitung es dieser nicht gestatten, auf jedem Boden Parteilichkeit zu treiben, gerät dieses Blatt immer mehr in ein Fahrwasser einseitiger Parteilichkeit. Hierfür täglich Verweise zu liefern, gibt sich das Blatt redlich Mühe, worauf es dann mit der Leberheftigkeit eines neuen Sophistes recht stolz ist. Wir wollen dem Blatt denn auch diesen, nach außen lächerlich wirkenden Stolz gar nicht rauben, möchten aber trotzdem den Rat geben, bei aller „Aufnahmestrategie“ die Wahrheit nicht allzusehr als nicht standesgemäß zu schieben. Dies geschieht jedoch in der „Badischen Landeszeitung“ in einer Art, die die Mannheimer Handelshochschule, die Regiere, bekanntlich eine städtische Gründung, hat unter der allgemeinen und speziellen Finanzsicherung der Städte überaus zu leiden, so daß es schwer hält, aus den Mitteln der Stadt Mannheim das Institut aufrecht zu erhalten. Es findet daher zur Zeit in der öffentlichen Meinung der Mannheimer Bevölkerung eine genaue Überprüfung statt. Daß hierbei auch das im Widerspruch mit den Empfindungen der breiten Massen des arbeitenden Volkes stehende Verhalten der reaktionären Studentenchaft gerügt wird, ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß Mannheims Arbeiterschaft in hohem Maße die Selber aufbringt, die den jungen Herren das Relief zu ihrem volkverachtenden Treiben geben. Diese berechtigte Äußerung der Frage des Weiterbestehens der Handelshochschule selbst hat damit gar nichts zu tun, da sie von der Finanzstelle der Landeszeitung, einseitige Bemerkungen über „Sozialisierung“ des Handels uff zu machen, die trotz aller Leberheftigkeit nur zu sehr betonen, wie wenig dieses Blatt, trotz Zornstößen, der Aufgabe gemäßen ist, die Volksinteressen wahrhaft und sachlich in der Presse zu vertreten.

Deutschnationale Verbredungsfronte

Die deutschnationale Presse hat ja schon manche Probe machbarlichster Verbredungsfronte abgelegt. Was sich in den letzten Tagen die „Süddeutsche Zeitung“, deren sensationelle Ueberschriften wie „Wortgeschichte“ von den Verkaufserlösen in lauten Pathos ausgeschrien werden, leistete, überschreitet jedoch die Grenzen. Alle Winen der Demagogie läßt sie springen aus dem Mund, weil die badische Regierung rechtzeitig den Erwerbbestrebungen das Lebenslicht ausblies. Räubergeschichten von „kommunistischen Armeen in Baden“ tritt sie in einer Art breit, daß die deutschnationalen Bannhüter den Karl May beiseite lassen und sich wonnebergnützig in diese deutschnationalen Romane vertiefen. Wie sehr die „Süddeutsche Zeitung“ jedoch neben der Spekulation auf die Unvernunft nur mit den Mitteln der Demagogie arbeitet, geht daraus hervor, daß sie es wagt, das jegliche Verbot der Orgel der Erklärung der badischen Regierung vom 15. März 1920 gegenüberzusetzen, wonach diese anerkennt, daß die Arbeiter für jene Zeit in den Fabriken zur Abwehr eines reaktionären Putzsches von rechts sich listenmäßig organisieren, ihre Führer wählen, und in der Stunde der Gefahr von den Waffen, die die badische Regierung in Besitz hat, an die Arbeiterwehren ausgereicht werden.

Dieser frechen Dreistigkeit des deutschnationalen Blattes gegenüber muß man doch sagen: weih denn die „Süddeutsche Zeitung“ nicht mehr, oder will sie es nicht mehr wissen, daß in jenen Märztagen der Kapp-Putsch stattfand, so daß die Regierung allen Anlaß hatte, zum Schutz des von den Freunden des deutschnationalen Blattes bedrohten Staates an die Arbeiterschaft zu appellieren.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Von der Neuen Zeit ist zu haben das 10. Heft vom 1. Band des 3. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervor: Die Sozialisierungspläne der Schwerindustrie. Von Arthur Heiden. — Saint Simon und seine Schule. Ein Blatt aus der Kindheitsgeschichte des modernen Sozialismus. Von Professor Dr. W. Berg. II. (Fortsetzung). — Die Reform der Sozialversicherung. Von Wilhelm Guse. — Die wählende Frauen? Von A. Panik (Waldgeburg). — Literarische Rundschau: Emil von den Boon, Zusammenbruch und Wiederaufbau. Von Fritz Laufhäuser. Die Reform der staatswissenschaftlichen Studien. Von A. Heiden. Gustav Adolph. Einführung in die staatswissenschaftliche. Von L. Radlof. A. Köfler. Auswärtige Politik. Von Dr. F. B. Barin. Einführung in die organische Chemie. Von Berger. Ed. Kaufmann, Mitter. Von Jma Giff.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zu beziehen. Von 15. März das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Mark. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ ist zu haben die 25. Nummer des 37. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 60 A. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag F. B. Tischler, G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Der neue 69. Jahrgang der Originalausgabe des „Badischen Geschäftsstatenders“ (Verlag von Moris Schauenburg in Rahr (Baden)) ist zu haben erschienen. Im Inhalt finden wir außer den alljährlichen Veränderungen und Ergänzungen unter den Behörden und Amtsstellen sowie des Staats- und Gemeindebeamtenpersonals eine Abhandlung mit Personalverzeichnissen und Tabellen über die neuen Reichssteuer. Neben dem mit ansehnlicher Zuerlässigkeit und Ausführlichkeit bis kurz vor Erscheinen bearbeiteten Inhalte fällt auf die wie immer gute Ausstattung dieses Statenders auf, so daß der Preis von 8.50 A. oder mit Schreibpapier durchschlagen 10.— A. (Porto 30 A.) unter den heutigen Verhältnissen immer noch ein recht mäßiger genannt werden muß. Der neue Jahrgang für 1921 ist in allen Sortimentsbuchhandlungen vorrätig, oder kann gegen Vorkaufsendung des Betrages von der Verlagsbuchhandlung von Moris Schauenburg in Rahr (Baden) bezogen werden.

Wissen ist Macht! Genossinnen und Genossen, benötigt diese Gelegenheiten, um euch weiter zu bilden, bringt auch Freunde unserer Sache mit, von denen ihr glaubt, daß sie für uns gewonnen werden können.

Das badische Bürgertum läßt sich deshalb ebensowenig wie die Arbeiterschaft auch nicht durch die Sirenentöne des deutschnationalen Blattes locken, sondern betraut der badischen Regierung, die Ruhe und Ordnung wünscht, statt Unruhe und Gewalt, wie die deutschnationalen Generalschäbeler. Diese Ansicht des Bürgertums kommt in einem Artikel der demokratischen „Bad. Volk. Korz.“ zum Ausdruck, der zum Verbot der Orgel durch die badische Regierung schreibt:

Die energetische Stellungnahme der badischen Regierung gegenüber diesen Plänen ist durchaus zu billigen. Wir sind in Baden bisher auch über schwierige politische Situationen mit den vorhandenen staatlichen Mitteln hinweggekommen. Ein Anlaß zu der Befürchtung, daß dies künftig nicht mehr gelingen sollte, besteht nicht. Jede Gründung von bewaffneten Selbstschutzorganisationen löst aber naturgemäß in bestimmten Volksteilen Ängsten und den Wunsch aus, sich gleichfalls zu bewaffnen. Wenn sich heute rechts gerichtete Kreise aus Furcht vor einem Linksbuß bewaffnen dürfen, so nehmen morgen Kreise der Linken mit dem Hinweis auf eine Rufschloßer von rechts das gleiche Recht für sich in Anspruch. Die Regierung, die das Eine dulden würde, könnte das Andere nicht vertieren. Es bleibt ihr daher gar nichts anderes übrig, als allen Bestrebungen, sie mögen von rechts oder von links ausgehen, nach Gründung von Selbstschutzorganisationen von vornherein zu verbieten, wenn sich nicht in ganz kurzer Zeit unser Volk in zwei bewaffneten Heerhaufen gegenüber stehen sollen. Falls der staatliche Polizeiparappat nicht mehr genügen und eine Verstärkung aus irgend einem Grunde nicht möglich sein sollte, müßte unter staatlicher Führung eine Schutzorganisation geschaffen werden. Auf Zwischenorganisationen kann der Staat sich nicht verlassen, wenn er sich nicht selbst aufgeben will. Daß die Gründung von Selbstschutzorganisationen aber auch eine andere bedenkliche Seite hat, sei nur nebenbei erwähnt. Wir denken an die Schwierigkeiten mit der Entente und an das Reichsgesetz über die Entwaflnung der Bevölkerung.

Die Abänderung des Gesetzes vom 11. Juli 1918, die Fürsorgeerziehung betr., im Hinblick auf Rechtspflege und Verwaltung

Nach dem Artikel III des Gesetzes sollte dieses am 1. Jan. 1921 in Kraft treten. Da die Frage in dem bevorstehenden Reichsjugend-Verordnungsgebot eine rechtsgeschichtliche Regelung erforderlich wird, eine landesgesetzliche Regelung überflüssig. Der Entwurf sieht deshalb eine Verlängerung des in Artikel III vorgeseheneu Termins auf 1. Januar 1922 vor. Die bis jetzt badischen Fürsorgeerziehungsvorchriften bleiben vorerst bestehen. Auf eine Anfrage über den Stand des Reichsjugend-Verordnungsgebotes gibt die Regierung eine Darstellung über den Gang der bisherigen Verhandlungen. Aufgrund dieser Darstellung wird der Antrag gestellt, den Termin nach Artikel III auf 1. Januar 1923 festzusetzen, dem zugestimmt wurde.

Die Leistungen des Burgwerkes. Wie der „Karlstrücker Zeitung“ mitteilen wird, hat das Burgwerk erst in seinem letzten Ausbau die früher für die erste Ausbaustufe erhofften Erwartungen weitestgehend übertraffen, indem statt der erwarteten Jahreserzeugung von 40 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1919 54 Millionen Kilowattstunden erzeugt wurden. Die jetzt bestehende mangelhafte Leistungsfähigkeit des Werkes soll durch den bereits begonnenen zweiten Ausbau beseitigt werden. Der dabei vorzunehmende Ausbau der Turbinen im Schwarzenbachthal gestattet einen Ausgleich des in der Trockenzeit bestehenden Wassermangels. Die Errichtung dieser Turbinen war bereits in den ersten Entwürfen aus den Jahren 1907 und 1908 vorgesehen.

Aus der Partei Agitation bez. d. Karlsruhe

Oberrombach. Wir machen auf die am Samstag, den 4. Dezember, 8 Uhr, im „Hirsch“ stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam. Gen. Hauptlehrer Meyer-Weingarten spricht über: „Deutschlands Zukunft“. Die Genossen werden ersucht, für guten Besuch zu agieren. Die Einwohnerzahl von Oberrombach wird zu zahlreichem Besuch eingeladen.

Am Sonntag, 5. Dez., vormittags 11 Uhr, spricht Gen. Gemeinderat Glunz aus Eiltingen in einer öffentlichen Versammlung über „Gemeindepolitik“. Zahlreicher Besuch von Seiten der Einwohner von Ottenhöfen ist erwünscht. Samstag, 4. Dez., 8 Uhr, in der „Krone“. Thema: „Nationaler Leben und Werten“. Ref.: Gen. Trinius-Karlsruhe. Oberweier: 4. Dez., 8 Uhr, im „Hirsch“. Thema: „Partei-programm“. Ref.: Gen. Kadner-Karlsruhe. Brunsal: 5. Dez., 10 Uhr, in der „Wald“. Thema: „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, 1. Vortrag. Ref.: Gen. Beer-Karlsruhe.

Waldheim: 4. Dez., 8 Uhr, in der „Eintracht“. Thema: „Partei-programm“. Ref.: Gen. Stodinger-Forzheim. Dietlingen: 5. Dez., 2 1/2 Uhr, im Rathhausaal. Thema: „Die französische Revolution 1789/93“. Ref.: Genosse Reinmuth-Forzheim. Orben: 5. Dez., 8 Uhr, im „Erbringer“. Thema: „Der Bauernkrieg“. Ref.: Gen. Köhler-Karlsruhe. Erbsingen: 5. Dez., 1 Uhr, im Rathhausaal. Thema: „Partei-programm“, 3. Vortrag. Ref.: Gen. Köhler-Karlsruhe. Gagsfeld: 5. Dez., 3 Uhr, im Rathhausaal. Thema: „Partei-programm“. Ref.: Gen. Stodinger-Forzheim. Oberweier: 5. Dez., 2 Uhr, im „Rehstod“. Thema: „Gemeindepolitik“. Ref.: Gen. Glunz-Eiltingen. Wolfst: 5. Dez., 8 Uhr, im „Löwen“. Thema: „Christentum und Sozialismus“. Ref.: Gen. Köhler-Karlsruhe. Anleingen: 6. Dez., 8 Uhr, im „Grünen Baum“. Thema: „Geschichte des Sozialismus“, 5. Vortrag. Ref.: Genosse Trinius-Karlsruhe.

Wissen ist Macht! Genossinnen und Genossen, benötigt diese Gelegenheiten, um euch weiter zu bilden, bringt auch Freunde unserer Sache mit, von denen ihr glaubt, daß sie für uns gewonnen werden können.

Das Parteisekretariat: Oskar Trinius. Turmersheim, 2. Dez. Sozialdemokratische Partei. Morgen Samstag, 4. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gasthaus „zur Krone“ eine Parteiverammlung statt. Tagesordnung: Berichterstattung vom badischen Parteitag. Vollständiges Erscheinen aller Genossen ist notwendig.

g. Jölingen, 1. Dez. Sonntag, 4. Dez., nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthaus zum Engel eine Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei statt, wozu auch die Parteifreunde eingeladen werden. Die Tagesordnung lautet: Berichterstattung vom Parteitag in Baden-Baden. Es ist Pflicht aller Genossen zu erscheinen.

5. Wolfst, 2. Dez. Der erste am Samstag, 27. Nov., stattgefundene Büdnungsvortrag in dem Genosin & n e c h t: Durach

über Gemeindepolitik sprach, war gut besucht. Die Rednerin schilderte in reichhaltiger Weise die Aufgaben der Sozialdemokraten in der Gemeinde und gab den Genossen wertvolle Fingerzeige. Reicher Beifall lagte die Rednerin.

Kelkheim, 3. Dez. Samstag, 4. Dez., abends 8 Uhr, findet in der Wirtshaus zum „grünen Baum“ eine Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei statt. Vandesvorsitzand Genosse Strobel, Mannheim, und Parteisekretär Winter-Offenburg werden sprechen; wir bitten die Mitglieder, vollständig zu erscheinen.

Bietigheim, 1. Dez. Kommen Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr findet im Gasthaus zum „Hirsch“ eine Versammlung statt. Genosse Rapp, Baden-Baden wird einen Vortrag mit dem Thema halten: „Marx und seine Lehren“. Die Genossen werden gebeten, für einen zahlreichen Besuch zu sorgen und pünktlich zu erscheinen.

Liedelsheim, 3. Dez. Am Samstag abend 8 Uhr findet im „Alder“ eine Versammlung statt, in der Gen. Gaebler über den Parteitag in Baden-Baden Bericht erstatten wird. Vollständiges Erscheinen der Parteigenossen ist notwendig. Auch Parteifreunde sind willkommen.

Ob, 2. Dez. Samstag, 4. Dez., abends 7 Uhr, findet im Gasthaus zur „Krone“ eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Eintragung des Parteisekretärs, 2. Bericht auf den deutschen Parteitag, 3. Bericht vom badischen Parteitag, 4. Bericht von der Parteiverammlung, 5. Beschlüsse. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht der Mitglieder, vollständig zu erscheinen. Da die Parteiverammlung auf 10 Uhr festgesetzt ist, muß pünktlich um 7 Uhr begannen werden, damit die Tagesordnung auch erledigt werden kann. Besonders gilt die Einladung auch für die Genossen von Oos-Scheuern.

Des weiteren werden die Parteifreunde und Parteigenossen darauf hingewiesen, daß am Samstag, 11. Dez., abends 7 Uhr, im Gasthaus zum „Alder“, ein öffentlicher Vortrag mit dem Thema: „Karl Marx und seine Lehre“ stattfinden wird. Hauptlehrer Gen. Gaebler. Die Genossen werden heute schon darauf aufmerksam gemacht, diesen Abend frei zu halten, damit der Besuch ein besserer wird als beim ersten Vortrag.

Deutscher Reichstag

Berlin, 2. Dez. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Reichswirtschaftsausschusses

Abg. Simon-Franklin (l. S. links) betonte, sein Fraktionsgenosse Jüdel habe nur einen gewissen Ueberfluß an Kohle in Paris nicht bestreiten wollen. Gestützt auf Angaben aus französischen Arbeiterkreisen haben wir nur behauptet, daß im übrigen Frankreich großer Kohlenmangel herrsche. Daß man hier noch den Mut gehabt hat, für den freien Handel einzutreten, trotz der hohen Erklärungen, die wir mit der freien Handlung gemacht haben, nimmt mich wunder. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft, das ruindt gewirkt. Der Abg. Hugo hat hier am wenigsten Grund, den Mund aufzutun. Er hat sich laut „Berl. Tagbl.“ 50000 A vom Lederverband für Propagandazwecke ausgeben lassen und dabei sein Verdienst um die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Leder ausdrücklich herbeigehoben. Diese 50000 A stammen aus dem Fonds der Reichsleiderhandelsgesellschaft und waren dazu bestimmt, die Preise für das Schuhwerk herabzusetzen. Die Privatwirtschaft hat uns ins Glend geführt. Nur die Sozialisierung kann uns helfen und da will man die Sozialisierungskommission auflösen. Die Arbeiter lassen sich nicht mehr betriegen.

Der Abg. Dienreiter (Bayern. Sp.) verlangt Auskunft, wie es mit der Zwangswirtschaft steht. Zentral müsse unter Zwangswirtschaft stehen, um den Bedarf der Landwirtschaft und anderer Betriebe zur Vor zu decken. Gegen die Monopolisierung der Eisenindustrie durch die Ministerialentscheidungen. Die Interessen der Verbraucher müssen allen anderen Rücksichten vorangehen.

Abg. Hamm (Dem.): Die Saluta können wir nur stabilisieren, wenn wir unsere produktive Arbeit steigern und Sparfamkeit üben. Besonders in Bayern leidet die Industrie unter Kohlenmangel. Süddeutschland verlangt deshalb eine größere Wirtschaftlichkeit des Transportwesens. Die Zwangswirtschaft hat sich überlebt. Frei sind wir deshalb noch nicht gemorden. Wir hängen vom Weltmarkt ab.

Reichswirtschaftsminister Scholz: Die Behauptung, daß der Abg. Kluge aus den Gewinnen der Reichsleidergesellschaft 50000 A bezogen hat, stimmt nicht, vielmehr aus einer der Lebergesellschaften, deren Statut Hugo ist. Eine Reichsstelle ist daran jedenfalls nicht beteiligt. Redner habe bereits im Ausschuss dargelegt, daß auf nahezu 600 Angehörte seines Ministeriums nur 15 Aelinge entfallen. Die Anlegung der Sozialisierungskommission aufzulösen, sei vom Reichswirtschaftsrat ausgegangen. Er habe demgegenüber erklärt, daß er dieser Anregung nicht ohne weiteres folgen könne. Den Antrag Partisch verwerfe ich nicht, da ich nicht glaube, daß er ohne Vernehmung der Beamtenzahl durchführbar wäre. Der Antrag Trindorn entspricht den Grundrissen des Reichswirtschaftsministeriums wie den Interessen der Länder. Der sozialdemokratische Zusatzantrag erscheint mir taugens bedenklich.

Abg. Dr. Meier (D. Sp.): Der Abg. Simon hat keinen Beweis darüber gebracht, daß die Produktion unter dem freien Handel gestiegen hat. Das Gegenteil ist der Fall. Redner protestiert gegen den unehörlchen Angriff gegen den Abg. Hugo, der sich wegen seiner Abwesenheit nicht wehren könne.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) tritt für die Gleichberechtigung der Frauen in den berufstätigen Organen ein.

Abg. Dr. Braun (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, daß die geplante Stelle auch die Aufträge des Reiches zu vergeben hat.

Abg. Simon (l. S. links): Nebenfalls hat der Abg. Hugo bisher nicht bestritten, daß er 50000 A als Prämie für die Aufhebung der Zwangswirtschaft erhalten habe, und das war der Kernpunkt.

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmungen sollen erst bei der dritten Lesung erfolgen. Die Annahme der einzelnen Kapitel erfolgte ohne wesentliche Debatte.

Beim Posten Sozialisierungskommission erinnern die Abg. Hoch und Dr. Hergt u. a. an die Versprechen der Zentrumspartei und der Demokraten in der Sozialisierungsfrage. Mit der Angliederung der Sozialisierungskommission an den Reichswirtschaftsrat sei keineswegs die Frage der Sozialisierung erledigt, denn der Reichswirtschaftsrat habe noch keine positive Arbeit geleistet.

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz betont nochmals, daß die Anlegung der Angliederung der Sozialisierungskommission an den Reichswirtschaftsrat aus dem Ausschuss stamme. Er selbst habe wiederholt erklärt, daß er vor der Entscheidung der Frage die Sozialisierungskommission selbst hören will.

Beim Kapitel Ausschuss zur Prüfung des Geschäftsgebahrens der Kriegsgesellschaften beirät der Abg. Kräsig (Soz.) die Tätigkeit dieses Ausschusses. Der Ausschuss habe vor allem die Aufgabe, den zahlreichen Prozessen zwischen den Kriegsgesellschaften vorzubeugen, um dem Reich dadurch Millionen zu ersparen. Da fragt es sich, ob der Ausschuss überhaupt ein Entscheidungsberechtigt habe. Nebenfalls sind wir gegen jede Liquidation der Kriegsgesellschaften.

Hierauf wird auf Montag, den 6. Dezember, 2 Uhr nachmittags, vertagt. — Schluß 15 Uhr.











**Weihnachts-Angebot**

So lange Vorrat!

# Herren Hüte

moderne Farben in allen Weiten

# 48<sup>00</sup>

Stück Mk.

Ausgelegt auf Extra-Tischen an der Haupttreppe. Beachten Sie das Spezialschaufenster

# Geschw. Knopf.

**Badisches Landestheater.**  
Freitag, den 3. Dezember 1920. 3238

**Madame Butterfly.**  
Anfang 7 Uhr. A. 14.40 Ende 1/10 Uhr.

Im Landestheater. Spielplan v. 3. bis 13. Dezember. Sa. 4. \* Das Wintermärchen" 6 1/2 (9.30). — So. 5. \* Cavalleria rusticana". „Der Barozzo" 6 1/2 (17.—). — Mo. 6. Volksbühne E 5 „Zar und Zimmermann" 7 (12.—, nur Stehplätze vorhanden) — Di. 7. \* Figaros Hochzeit" 6 1/2 (14.40). — Mi. 8. \* „Der lebende Leichnam" 6 1/2 (12.—). — Do. 9. Schülermiete-Vorstellung B 2 „Die Geschwister". „Der eingebildete Kranke" 7 (9.30). — Fr. 10. \* „Martha" 6 1/2 (14.40). — Sa. 11. \* Neu einstudiert: „Die Schule der Frauen". „Der zerbrochene Krug" 6 1/2 (12.—). — So. 12. „Lohengrin" 5 1/2 (17.—). — Mo. 13. Volksbühne E 6 „Zar und Zimmermann" 7 (12.—, nur Stehplätze vorhanden).

Im Konzerthaus. So. 5. \* „Liselott von der Pfalz" 6 1/2 (11.—). — Di. 7. Volksbühne G 2 „Heimgfunden" 7. — Fr. 10. Volksbühne G 3 „Heimgfunden" 7. — So. 12. \* „Die goldene Eva" 6 1/2 (11.—).

Umtausch der Vorzugskarten und Vorkausrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 4. Dezember, nachmittags 1/2-5 Uhr, allgemeiner Verkauf von Montag, den 6. Dezember an.

**Volksbühne.**  
Im Konzerthaus. 3239

Freitag, den 3. Dez. **G 1** Anfang 7 Uhr.  
**Heimgfunden.**

**Vererößerungen**  
in erstklassiger Ausführung auch nach alten Vorlagen liefert Ihnen

**Samson & Co.**  
Atelier für moderne Photographie.  
Kal-erpassage 7. Ruf 547.  
Aufnahmen jeder Art in nur bester Ausführung. 6368

**Weihnachts-Angebot**

# 3000 Meter Wäsche Tuch

la Qualität für Leib- und Bett-Wäsche

# 14<sup>50</sup>

Meter Mk.

# Geschw. Knopf.

**Den Schutz der Brunnen und der städtischen Wasserleitungen betr.**  
Nachstehende Bestimmungen der unterm 30. März 1912 erlassenen ortspolizeilichen Vorschrift (§ 6) wird in Erinnerung gebracht:  
Bei Eintritt der kalteren Jahreszeit sind sämtliche Brunnenbrunnen sowie die Wasserleitungen derselben, soweit sie freiliegen, durch geeignete Mittel vor dem Einfrieren zu schützen, (Umhüllen mit Wärmeschutzmitteln).  
D. J. 314  
Karlsruhe, den 27. November 1920.  
Vab. Bezirksamt. — Polizeidirektion

**Straßenbenennung betr.**  
Im Hinblick darauf, daß die Benennung Waldenstraße häufig zu Verwechslungen mit der Benennung Marienstraße geführt hat, haben wir beschließen, die erstere Straße in Gintfurt „Frühlingsstraße" zu benennen.  
Karlsruhe, den 1. Dezember 1920  
Der Stadtrat.

**Gänsefedern**  
werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft. A. Hörr, Karlstraße 12, 2. Stof. 6171

**Diätetischer Anzug**  
nur für schlanke Figuren, neu, preisw. zu verkaufen. Rue bei Durlach, 6068 Waldjohannstraße 35.

**Fuhrdienst-Versteigerung.**  
Die Stadtgemeinde Kallatt läßt am Mittwoch, den 8. Dezember, vormittags 10 Uhr, auf dem Rathause nachstehende Fuhrdienstleistungen für das Jahr 1921 öffentlich versteigern:  
1. Die Sommer- und Winterfahrten  
2. Die Befuhr des Dolzes für die städt. Anstalten  
3. Das Fahren der Sprengwaren  
4. Das Fahren des Schuttwagens  
5. Das Fahren des Rechenwagens  
6. Das Fahren des Wagens des Geistlichen bei Beerdigungen  
7. Die Befuhr der für das Pumpwerk Kallatt benötigten Kohlen.  
Die Bedingungen liegen auf dem Rathause Zimmer 10, zur Einsicht an.  
Kallatt, den 1. Dezember 1920.  
Der Bürgermeisteramt.  
Kallatt, G. Gilbert.

**Dr. Wirtz, Karlsruhe**  
1. Kindwagen, 2. Stuhlwagen u. Rollen empfiehlt zu enorm billigen Preisen. A. Hörr, Karlsruhe I. B., Kallattstr. 59. Reparaturen für Kindwagen und Stuhlwagen. Gintfurtstr. 4638

# Schuhwaren

in bester Ausführung zu folgenden

## hervorragend billigen Preisen

Wichsleder-Herrenstiefel	M 115.—
R'Box-Herrenstiefel	M 138.50
Boxcalf-Herrenstiefel	M 165.—
Laschenschuh 40/46	M 130.—
R'Chevreaux-Damenstiefel	M 115.—
Eleg. Damenstiefel Hochschalt und Lackkappe	M 135.—
R'Box-Damen-Halbschuhe	M 85.—
Frauen-Feldstiefel	M 89.—
Kinderstiefel	25/28 von M 35.—, 31/35 von 65.— an
Damen-Hausschuhe Ledersohle und Fleck	M 9.50

Ausserdem sehr grosse Auswahl in **Schuhwaren aller Art** von den einfachsten bis zu den elegantesten zu sehr billigen Preisen.

**Winterhausschuhe Schnallenstiefel, Seibandschuhe** zu enorm billigen Preisen empfiehlt 6716

# Schuhhaus Münzner

17 Schützenstrasse 17.

Bitte Firma und Strasse genau zu beachten!

**Durlacher Anzeigen.**

**Kohlmehl.**  
Die Mehlmühlwerke Mannheim, denen die Kohlmehllieferung für die hiesige Stadt übertragen ist, haben heute auf erneute telefonische Anfrage mitgeteilt, daß es ihnen infolge Betriebsstörung und des niedrigen Mehlmarktpreises nicht möglich gewesen sei, bis heute die Mehlbeauftragung vornehmen zu können. Die Lieferung wurde für die kommende Woche in Aussicht gestellt.  
Durlach, den 2. Dezember 1920. 3235  
Kommunalverband Durlach-Stadt.

**Baden-Baden.**  
Som 2. Dezember 1920.  
**Diebstahl an 1. Dezember 1920.**  
Am 1. Dezember d. J. hat eine Diebstahlung stattgefunden, welche sich auf die Viehheute an Pferden, Mäulchen, Schafen, Schweinen, Hühnern, Federhühnern, Kaninchen, Bienenstöcken und Hunden erstreckte. Die Aufnahme der zahlungspflichtigen Tiere erfolgte von Haus zu Haus durch Beauftragte des Stadtrats. Tierhalter, bei denen die Aufnahme nicht oder nicht vollständig erfolgte, werden hiermit aufgefordert, die Angaben sofort auf dem Rathause, Zimmer 19, nachzuholen. Wesentliche Unterlassung in prätab.  
B. Baden, den 2. Dezember 1920. 3240  
Der Stadtrat.

**Spielplan der Stadt. Schauspiele B. Baden.**  
Sonntag, 5. Dez., abends 7 Uhr, Platzmiete A 2: Der lebende Leichnam, Drama von Kallatt. Ende 10 Uhr. Mittl. Preise.  
Dienstag, 7. Dez., abends 7 Uhr, Platzmiete B 2: Sansarola, Schauspiel von Hans Rabst (zum erstenmal). Ende 10 Uhr. Mittl. Preise.  
Mittwoch, 8. Dez., abends 7 Uhr, Platzmiete C 2: Der lebende Leichnam, Drama von Kallatt. Ende 10 Uhr. Mittl. Preise.  
Donnerstag, 9. Dez., abends 7 Uhr, Platzmiete A 3: Sansarola, Schauspiel von Hans Rabst. Ende 10 Uhr. Mittl. Preise.  
Freitag, 10. Dez., abends 7 Uhr, Platzmiete B 3: Sansarola, Schauspiel von Hans Rabst. Ende 10 Uhr. Mittl. Preise.  
Samstag, 11. Dez., abends 7 1/2 Uhr, Platzmiete C 3: Sansarola, Schauspiel von Hans Rabst. Ende 10 Uhr. Mittl. Preise.  
Sonntag, 12. Dez., abends 7 1/2 Uhr, Platzmiete A 4: Sansarola, Schauspiel von Hans Rabst. Ende 10 Uhr. Mittl. Preise.  
Montag, 13. Dez., abends 7 1/2 Uhr, Platzmiete B 4: Sansarola, Schauspiel von Hans Rabst. Ende 10 Uhr. Mittl. Preise.  
Dienstag, 14. Dez., abends 7 1/2 Uhr, Platzmiete C 4: Sansarola, Schauspiel von Hans Rabst. Ende 10 Uhr. Mittl. Preise.

**Stellen von Kündigungsanträgen beim Mieteinigungsamt.**  
Das Mieteinigungsamt macht darauf aufmerksam, daß nach den Bestimmungen des B. G. B. die Kündigung von Mietverhältnissen, bei denen die Bezahlung bierjährlich erfolgt, spätestens am 3. Werttag des Kalenderjahres zu erfolgen hat, und daß nach der bierjährlichen Befristung vom 15. Okt. 1920 Anträge auf Genehmigung zur Kündigung bei solchen Mietverhältnissen spätestens 4 Wochen vor Ablauf der Kündigungsfrist beim Mieteinigungsamt einzureichen sind. Wer also zum 1. April 1921 bei bierjährlicher Zahlung kündigen will, muß spätestens bis zum 7. Dezember 1920 beim Mieteinigungsamt entsprechenden Antrag stellen.  
Mieteinigungsamt. 3241

**Kallatter Anzeigen.**

**Christbaum-Markt**  
Die Stadtgemeinde Kallatt läßt am Mittwoch, den 8. Dezember, vorm. 1/2 12 Uhr die Plätze für den diesjährigen Christbaum-Markt auf dem Augustaplatz versteigern. 3231  
Der Versteigerungspreis ist an die vom Gemeindeamt bestellte Kommission bar zu entrichten.  
Kallatt, den 1. Dezember 1920.  
Der Bürgermeisteramt.  
Kallatt, Renner.

**Lebensmittel-Verteilung**  
für die Zeit vom 3. bis 9. Dezember 1920.  
1. Kaffee: von heute mittag ab, Kopfstück 1/2 Pfund zu 9 M gegen B-Karte Nr. 1 bei Hrl. Walter, Kallatt, die Nummer 1-1800 bei Frau Köhler, Kallatt, die Nummer 1801-2600 bei Adolf Krieg, Kallatt, die Nummer 2601 bis 3000, 35 Mittwoch den 8. ds. Mts.  
2. Ausländisches Kaffee: In der städt. Verkaufsstelle, bei Hrl. Walter, Kallatt, Kopfstück 1 Pfund gegen Abgabe der B-Karte Nr. 2, Preis per Pfund 6 M.  
3. Ausländisches Kaffee: In der städt. Verkaufsstelle, bei Hrl. Kump, Kallatt, Kopfstück 1 Pfund gegen Abgabe von B-Karten (1 Streifen), Preis Pfund 1.80 M.  
4. Zucker: In den bekannten Geschäften, Kopfstück 700 Gramm gegen Abgabe der Zuckermarken, Preis per Kopfstück 5.15 M.  
Zucker, der bis zum 15. ds. Mts. nicht abgeholt ist, verfällt. Frist für die Abholung der Marken 20. Dez. 1920.  
5. Schokolade: wird weiter ohne Marken abgegeben.  
Die Verkaufsstellen erhalten den Zucker am Montag den 6. ds. Mts., nachm. von 1-4 Uhr, auf unserem Lager (Industrie-Str. 4).  
Diejenigen Verkaufsstellen, die mit ihren Abrechnungen und Regulierungen noch im Rückstand sind, werden ersucht, dies bis zum Samstag den 4. ds. Mts. zu erledigen, ansonst dieselben auf eine Verteilung nicht rechnen können. Sachmaterial ist mitzubringen, 3233  
Kallatt, den 2. Dezember 1920.  
Kommunalverband Kallatt-Stadt.

**Offenburger Anzeigen.**

**Veteranen-Spende.**  
Es ist beabsichtigt, den bedürftigen Veteranen von 1866 und 1870 und den Witwen von solchen eine Ehrengabe zukommen zu lassen. 3229  
Verwerbungen um diese Ehrengabe nehmen wir bis zum 7. Dezember auf Zimmer 8 des Rathauses entgegen.  
Offenburg, 30. November 1920.  
Der Stadtrat.

**Unsere Leser und Leserinnen**  
werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die Inserenten des Volksfreund.



